

Peter Nötzoldt

Strategien der deutschen Wissenschaftsakademien gegen Bedeutungsverlust und Funktionsverarmung

Die deutschen Wissenschaftsakademien¹ wurden seit Beginn unseres Jahrhunderts immer stärker an den Rand des wissenschaftlichen Lebens gedrängt – das ist der Befund der Forschung, und dies verkündeten sie auch selbst immer wieder.² Ausgerechnet bei den zwei in der Weimarer Zeit sich durchsetzenden Strukturveränderungen des deutschen Wissenschaftssystems – dem Aufbau mächtiger und umfassender Selbstverwaltungsorganisationen der Wissenschaft sowie der Verlagerung der Forschungsförderung von den Ländern auf das Reich – stellten sich die Akademien nicht an die Spitze, sondern manövierten sich selbst ins Abseits.

Dies soll exemplarisch an drei Stammfunktionen der Akademien in einer arbeitsteiligen Wissenschaftslandschaft untersucht werden:

1. am nationalen Vertretungsanspruch in Sachen Wissenschaft,
2. an der Gralhüterschaft der „reinen“ Wissenschaft und
3. an den Bemühungen um die Erweiterung der eigenen Forschungsbasis.³

¹ Die exakte Bezeichnung der einzelnen Akademien ist: Preußische Akademie der Wissenschaften zu Berlin (gegründet 1700), Gesellschaft (ab 1941 Akademie) der Wissenschaften zu Göttingen (1751), Sächsische Gesellschaft (ab 1919 Akademie) der Wissenschaften zu Leipzig (1846), Bayerische Akademie der Wissenschaften zu München (1759), Akademie der Wissenschaften zu Heidelberg (1909). Im Text erfolgt die Kennzeichnung durch den Sitzort.

² Vgl. hierzu *aus den Akademien*: Heinrich Lüders, Friedrichsrede am 23. Januar 1930, in: SB der PAW 1930, S. XVII–XXVII; Max Planck, Leibnizrede am 3. Juli 1930, in: SB der PAW 1930, S. LXXXI–LXXXV; Heinrich von Ficker, Friedrichsrede am 26. Januar 1933, in: SB der PAW 1933, S. XXI–XXVI; Meister, *Geschichte der Akademie Wien*; Smend, „Göttinger Gesellschaft“; Baethgen, *Bayerische Akademie*. Frau Brigitte Kaderas danke ich für ihre Unterstützung bei der Literaturrecherche. *Aus der Forschung*: Schlicker, *Akademie im Imperialismus II*; Grau/Schlicker/Zeil, *Akademie im Imperialismus III*; Laitko, *Wissenschaft in Berlin*; Vierhaus/vom Brocke, *Forschung im Spannungsfeld*; Wennemuth, *Wissenschaftsorganisation*; Scriba, *Elite der Nation im Dritten Reich*; Haase/Eichler, *Wege und Fortschritte der Wissenschaft*; vom Brocke/Laitko, *Kaiser-Wilhelm-/Max-Planck-Gesellschaft*; vom Brocke, „Wege aus der Krise“, S. 119–147.

³ Die internationale Wissenschaftspolitik der Akademien wird nicht betrachtet. Vgl. hierzu den Beitrag von Conrad Grau in diesem Band.

In den Kapiteln eins bis drei werden diese Aspekte getrennt und an Aktivitäten der Berliner Akademie betrachtet: am Umgang mit dem Konkurrenten „Notgemeinschaft der Deutschen Wissenschaft“, an der Blockade gegen eine „Klasse Technik“ und am Bestreben, Forschungsinstitute neben der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft zu gründen. Kapitel vier erlaubt am Für und Wider des Projekts „Reichsakademie der Deutschen Wissenschaft“ eine gleichzeitige Sicht auf die drei Stammfunktionen aus dem Blickwinkel aller beteiligten Wissenschaftsakademien.

Eine weitere Begrenzung der Analyse ergibt sich aus den benutzten Quellen. Die Sicht auf die Berliner Akademie und aus ihr wird überwiegen. Aussagen über alle Akademien werden hauptsächlich auf der Grundlage der Akten des „Akademiekartells“ getroffen.⁴ Im Kartell arbeiteten die Wissenschaftsakademien aus Berlin, Göttingen, München, Leipzig, Wien⁵ und Heidelberg zusammen, wobei der Sitz der geschäftsführenden Akademie, der sogenannte Vorort, jährlich wechselte. Sie nannten sich „Schwesterakademien“, allerdings war ihr Verhältnis keinesfalls nur harmonisch; insbesondere das zur „großen Schwester“ Berlin bot Anlaß zu Irritationen. Die Berliner Akademie beanspruchte die Führungsrolle, die ihr auch mit Einschränkungen zugestanden wurde. Die Preußische Akademie war eben die älteste und finanzstärkste unter den Akademien des Kartells, hatte die größte Nähe zur politischen Macht und verfügte nicht zuletzt auch international und national über das größte Ansehen.

I. Die Akademien und die Notgemeinschaft der Deutschen Wissenschaft

Blicken wir ins Gründungsjahr der Notgemeinschaft 1920: Alle deutschen Akademien hatten den Wechsel der Staatsform als einen „tiefen Einschnitt in ihrer Geschichte“ empfunden. „In schweigender Anerkennung der vollzogenen Tatsachen diente[n] sie dem neuen Staat mit der gleichen Loyalität wie dem alten“.⁶ So lieferte die Berliner Akademie routinemäßig auf eine ministerielle Anfrage im Sommer des Jahres 1920 ein ausführliches Gutachten, „ob die Form ‚Frau Rat‘ oder ‚Frau Rätin‘ als weibliche Amtsbezeichnung vorzuziehen sei und ob auf diese Weise die Frau des Rates von der Inhaberin einer Ratsstelle unterschied-

⁴ Die Kartellakten wurden in den Archiven der Akademien Berlin, Göttingen, Wien und Heidelberg eingesehen. In München sind die Akten als Kriegsfolge weitestgehend vernichtet. Den Mitarbeitern dieser Archive, wie auch denen des Bundesarchivs und des Geheimen Preußischen Staatsarchivs, danke ich für ihre umfassende und geduldige Unterstützung. Vgl. zum Kartell Grau, „Wissenschaftsakademien“, S. 31–56.

⁵ Akademie der Wissenschaften zu Wien (gegründet 1847).

⁶ Die von Friedrich Baethgen für die Münchner Akademie getroffene Einschätzung gilt auch für die anderen Akademien grundsätzlich (Baethgen, *Bayerische Akademie*, S. 7). Zum zeitlichen Verlauf und zur Differenziertheit des Prozesses in Berlin vgl. die Beiträge von Wolfgang Hardtwig und Wolfgang J. Mommsen in diesem Band.

den werden solle“.⁷ Sie ließ allerdings dem Staat auch in viel bedeutenderen Fragen ihren Rat zukommen. In einer Denkschrift an die Nationalversammlung in Weimar, die Adolf von Harnack⁸ im Februar 1920 im Auftrag der Berliner Akademie verfaßte und der sich alle anderen deutschen Wissenschaftsakademien anschlossen, wurde auf die prekäre Situation der deutschen Wissenschaft nach dem Kriege aufmerksam gemacht:

„Vor dem Kriege begründete sich das Ansehen Deutschlands auf seine Militärmacht, seine Industrie (und Handel) und seine Wissenschaft, in der letzteren hatte es in einigen Hauptzweigen die Führung und stand nirgendwo an zweiter Stelle; unermesslich ist der geistige und auch der materielle Einfluß, den es durch die Wissenschaft ausgeübt hat. Nun aber ist die Militärmacht vernichtet, und Industrie und Handel sind aufs äußerste geschwächt; die Wissenschaft aber, trotz des Verlustes von Tausenden ihrer Träger, steht noch immer aufrecht; doch droht auch ihr der Untergang. Dieser Untergang ist, wenn ihr nicht Hilfe kommt, unvermeidlich, weil sie infolge der Lohn- und Rohstoffsteigerungen und der Geldentwertung nicht mehr imstande ist, 1. ihre großen Unternehmungen fortzusetzen, 2. ihre neuen Untersuchungen zu veröffentlichen, 3. die wissenschaftliche Literatur des Auslandes anzuschaffen.“

Gegenüber der Vorkriegszeit seien die Kosten für den Wissenschaftsbetrieb auf das Fünf- bis Achtfache, für den Erwerb ausländischer Literatur sogar auf mindestens das Fünfzehnfache gestiegen. Die fünf Wissenschaftsakademien baten die Nationalversammlung, zur „Abhilfe des geschilderten äußersten Notstandes der Wissenschaft“ dem Reichsministerium des Inneren drei Millionen Reichsmark unverzüglich zur Verfügung zu stellen, „damit dieses unter Zuziehung von Sachverständigen die notwendigsten Maßregeln sofort ergreifen kann“.⁹ Der Antrag wurde am 27. April 1920 von der Nationalversammlung wohl eher aus formalen Gründen abgelehnt.¹⁰ Die sich weiterhin verschärfende Infla-

⁷ Über diese Frage wurde ein Gutachten der Deutschen Kommission gefertigt und in der Gesamtakademie debattiert. Der Sitzungsbeschluß der Gesamtakademie lautete, daß „sie eine solche Unterscheidung zwar für künstlich, aber immerhin für richtig erklärt; nur rät sie von einer Ausdehnung der weiblichen Form auf den *Doctortitel* ab, der kein Amt, sondern einen Grad, eine Würde bezeichne“. Allerdings glaubten die Mitglieder, daß diese „künstliche Sonderung der Begriffe [...] sich schwerlich durchsetzen wird“. Sie hielten die bisherige Praxis, die männliche Form der Amts- und Tätigkeitsbezeichnung auch auf die Frau anzuwenden, ohnehin für keine „sprachliche Vergewaltigung“ und plädierten für keine Veränderung. Vgl. Protokoll der Sitzung der Phil.-hist. Klasse vom 8. Juli 1920, der Gesamtsitzung vom 29. Juli 1920, Brief von M. Planck an das Preußische Ministerium für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung vom 29. Juli 1920, AAW Berlin, Bestand PAW, II-VI, 23, Bl. 106–108.

⁸ Adolf von (1914) Harnack (1851–1930), Kirchenhistoriker, 1890 OM PAW, ab 1888 Prof. für Kirchengeschichte an der Universität Berlin, 1906–1921 Generaldirektor der Königl. Bibliothek (später Preußische Staatsbibliothek), 1911–1930 Präsident der KWG.

⁹ Denkschrift in AAW Berlin, Bestand PAW, II-XIV, 31, Bl. 1.

¹⁰ Der Antrag zur Bereitstellung von drei Millionen Mark wurde vom Abgeordneten Dr. Konrad Beyerle in der Sitzung der Nationalversammlung gestellt. Er wurde abgelehnt, als durch Erklärung des Reichsministers der Finanzen bekannt wurde, daß der Antrag nicht im Haushaltsausschuß zur Erörterung gelangt sei und vorher auch mit den Ländern wegen deren Aufbringung der Kosten für derartige kulturelle Zwecke

tion spitzte die Situation aber derart zu,¹¹ daß es über verschiedene Vorstufen am 30. Oktober 1920 zur Gründung der „Notgemeinschaft der deutschen Wissenschaft“ kam.¹²

Die deutschen Wissenschaftsakademien waren am Zustandekommen dieser neuen Selbstverwaltungsorganisation der Wissenschaft maßgeblich beteiligt; die Berliner Akademie als Institution und durch einige ihrer Mitglieder federführend. Für ihren ersten Präsidenten Friedrich Schmidt-Ott galt „die Preußische Akademie allezeit als Schöpferin der Notgemeinschaft“.¹³ Von den Akademiemitgliedern engagierten sich neben Adolf von Harnack – dieser auch in seinen Funktionen als Präsident der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft und Generaldirektor der Preußischen Staatsbibliothek – vor allem Fritz Haber, Max Planck und Hermann Diels¹⁴. Besonders Fritz Haber wurde zur treibenden Kraft.¹⁵ Die ersten Vorstellungen einer „Notgemeinschaft der deutschen Wissenschaften“ entwickelte er gemeinsam mit dem ehemaligen Preußischen Kultusminister Friedrich Schmidt-Ott, als am 13. März 1920 im Haus des „Reichsbundes Deutscher Techniker“ in der Potsdamer Straße über die Notlage der Forschungsinstitute debattiert wurde. Über Harnacks Akademiendenschrift hinausgehend tauchte hier bereits der Gedanke auf, „daß es darauf ankäme, die gesamte Wissenschaft, auch die technische Wissenschaft, zu einem Bunde zu vereinigen“.¹⁶ Bei der Akademie stellte Fritz Haber am 29. März 1920 den Antrag: „Die preussische Akademie wolle sich an einer Notgemeinschaft der deutschen Wissenschaften unter Führung

beraten werden müsse. Auf Anregung des Finanzministers solle nach Prüfung der Fragen im Sommer vom neugewählten Reichstag erneut entschieden werden. Protokoll über die am 22. Juni 1920 im Reichsministerium des Innern zu Berlin abgehaltene Besprechung über die Notlage der deutschen Wissenschaft, Bericht des Geh. Regierungsrates Dr. Hugo Krüss (Reichsministerium des Innern), AAW Berlin, Bestand PAW, II-XIV, 31, Bl. 48ff.

¹¹ Vgl. zur Notlage die Zusammenstellung von Publikationen in: Schreiber, *Not der deutschen Wissenschaft*, S. 141–147.

¹² In der Satzung vom 30. Oktober 1920 ist als genaue Bezeichnung angegeben: Deutsche Gemeinschaft zur Erhaltung und Förderung der Forschung (Notgemeinschaft der Deutschen Wissenschaft e.V.). Benutzt wurde jedoch, wie auch in dieser Darstellung, überwiegend nur die Bezeichnung „Notgemeinschaft“.

¹³ Friedrich Schmidt-Ott am 20. April 1929 an Max Planck, AAW Berlin, Bestand PAW, II-XIV, 33, Bl. 42.

¹⁴ Fritz Haber (1868–1934), Chemiker, 1914 OM PAW, 1911–1933 Direktor des KWI für physikalische Chemie und Elektrochemie, 1914 Prof. für physikalische Chemie an der Universität Berlin.

Max Planck (1858–1947), Physiker, 1894 OM PAW, 1889 Prof., 1892 Prof. für theoretische Physik an der Universität Berlin, 1912–1938 Sekretar der Physikalisch-mathematischen Klasse der PAW, 1930–1937 und 1945–1946 Präsident der KWG.

Hermann Diels (1848–1922), Altphilologe, 1881 OM PAW, 1882 Prof. für klassische Philologie an der Universität Berlin, 1895–1920 Sekretar der Philosophisch-historischen Klasse.

¹⁵ Vgl. hierzu die umfassende Darstellung von Szöllösi-Janze, *Fritz Haber*, S. 528ff.

¹⁶ So zumindest die Erinnerungen Friedrich Schmidt-Otts zum zehnjährigen Bestehen der Notgemeinschaft am 31. Oktober 1930. Zitat nach Stolzenberg, *Fritz Haber*, S. 530. Das Protokoll der Versammlung läßt allerdings eher auf eine bereits langfristige und nun sehr bewußte Präsentation des Vorhabens schließen (abgedruckt in: Marsch, *Notgemeinschaft*, S. 142–146).



Friedrich Schmidt-Ott

des Staatsministers a.D. Dr. Friedrich Schmidt¹⁷ beteiligen, die Beteiligung der anderen deutschen Akademien an derselben herbeiführen und von dem gemeinsamen Willen der deutschen Akademien den Herrn Staatsminister Schmidt in Kenntnis setzen, damit derselbe möglichst bald die Geschäfte einer solchen Notgemeinschaft aufnimmt.“¹⁸ Auf der

¹⁷ Friedrich Schmidt-Ott (1860–1956), Jurist, 1914 EM PAW, 1888–1919 im Preußischen Kultusministerium, ab 1917 Minister, 1920–1934 Präsident der Notgemeinschaft der Deutschen Wissenschaft. (Der Doppelname Schmidt-Ott entstand erst nach der silbernen Hochzeit Schmidts durch Hinzufügen des Mädchennamens seiner Frau.) Biographische Übersicht bei Hammerstein, *Deutsche Forschungsgemeinschaft*, S. 44f.

¹⁸ Fritz Haber am 29. März 1920 an die Preußische Akademie der Wissenschaften zu Händen des Herrn Geh. Regierungsrats Prof. Dr. M. Planck, AAW Berlin, Bestand PAW, II-XIV, 31, Bl. 4. Haber hatte dem

Gesamtsitzung am 15. April 1920 nahm die Akademie den Antrag einstimmig an und benannte als ihre Vertreter für die weiteren Verhandlungen die Herren Diels, Haber und Planck.¹⁹ Mit ihrem Ehrenmitglied Friedrich Schmidt-Ott stellte sie eine Persönlichkeit an die Spitze des Vorhabens, die „ein Vorgehen in der Form unabhängig, in der Sache aber in engem Einvernehmen mit den zuständigen Ministerien des Reichs und der Länder“ zu garantieren schien.²⁰ Ein ganz entscheidender Schritt auf diesem Weg dürfte eine am 22. Juni 1920 abgehaltene Besprechung über die Notlage der deutschen Wissenschaft im Reichsinnenministerium gewesen sein. Zugegen waren hochrangige Vertreter des Reiches und aller Länder. Die in Gründung befindliche Notgemeinschaft der deutschen Wissenschaft vertraten Friedrich Schmidt-Ott und sein Mitarbeiter Eduard Wildhagen. Für die Wissenschaft sprachen die fünf deutschen Wissenschaftsakademien. Die Preußische Staatsbibliothek, das Kaiser-Wilhelm-Institut für Physikalische Chemie und das Preußische Aeronautische Observatorium waren ebenfalls zugegen – teils in Personalunion vertreten von Akademiemitgliedern.²¹ Beraten wurde über eine von der Notgemeinschaft erarbeitete Denkschrift, in der nun allerdings zur Behebung der größten Not bereits 20 Millionen Mark gefordert wurden. Die Akademievertreter waren gründlich auf die Verhandlungen vorbereitet. Sie besprachen ihr Vorgehen vor Sitzungsbeginn mit Schmidt-Ott, spielten eine mögliche Verteilung der Gelder durch und einigten sich, „daß jedenfalls Bevormundung durch das Reich ausgeschlossen werden müsse, [...] daß alle corporativen Ansätze gegen die Bürokraten möglichst verteidigt werden müßten“. Nachdrücklich wurde von allen betont, „daß bei dieser Beratung die Delegierten der Akademien möglichst einhellig auftreten müßten; es komme darauf an, eine weitgehende Bewilligung zu erwirken. Son-

Antrag zur Begründung ein Schreiben an den Rektor der Berliner Universität Eduard Meyer (Akademiemitglied seit 1903) beigelegt, in dem er das Vorhaben ausführlich erläuterte und Meyer bat, namens der hiesigen Universität – ähnlich wie die Preußische Akademie an die anderen Akademien – an alle anderen deutschen Universitäten heranzutreten. Die von Haber nun offiziell gestellten Anträge waren bereits anlässlich der Akademiesitzung am 25. März 1920 so besprochen worden und mit Vertretern der Technischen Hochschule, großer technikwissenschaftlicher Vereine, der Kaiser-Wilhelm-Institute und der Preußischen Staatsbibliothek abgestimmt worden. Schmidt war bereit, die Aufgaben zu übernehmen. Vgl. hierzu Fritz Haber am 29. März 1920 an Eduard Meyer, AAW Berlin, Bestand PAW, II-XIV, 31, Bl. 5ff.

¹⁹ Protokoll der Gesamtsitzung der PAW vom 15. April 1920, AAW Berlin, Bestand PAW, II-XIV, 31, Bl. 6.

²⁰ So die Begründung in Fritz Habers Antrag. AAW Berlin, Bestand PAW, II-XIV, 31, Bl. 5b. Friedrich Schmidt-Ott hatte der PAW bereits am 25. April 1920 in einem Schreiben an den Vorsitzenden Sekretar Planck mitgeteilt, daß er die Aufgabe übernehmen würde, wenn die Akademie es wünsche. AAW Berlin, Bestand PAW, II-XIV, 31, Bl. 10f.

²¹ Für die Preußische Akademie: Hermann Diels, Max Planck, Adolf von Harnack (zugleich und gemeinsam mit Dr. Schwenke für die Preußische Staatsbibliothek), Fritz Haber (zugleich für das Kaiser-Wilhelm-Institut für Physikalische Chemie); für die Gesellschaft der Wissenschaften Göttingen: Edward Schröder; für die Sächsische Akademie: Max le Blanc; für die Bayerische Akademie: Paul Heinrich Wolters. Die Heidelberger Akademie hatte die PAW mit Schreiben vom 8. Juni 1920 gebeten, ihre Interessen zu vertreten. (AAW Berlin, Bestand PAW, II-XIV, 31, Bl. 33) Hugo Hergesell für das Preußische Aeronautische Observatorium.

derwünschte und Gegensätze könnten nur schädlich wirken.“ Man legte Wert darauf, „möglichst alle Differenzen auszugleichen und Klarheit über Meinungsverschiedenheiten zu gewinnen“. Als Ergebnis konnte das Protokoll schließlich festhalten: „Die Sitzung trägt durchaus den Charakter einer orientierenden Besprechung; Beschlüsse werden nicht gefaßt, wirkliche Meinungsverschiedenheiten treten nicht zu Tage.“²² Zu Meinungsverschiedenheiten kam es auch bei der eigentlichen Sitzung mit den Vertretern des Reiches und der Länder nicht. Es herrschte Konsens, daß „außerordentliche Maßnahmen“ erforderlich seien, „um den drohenden Zusammenbruch der Wissenschaft zu verhindern. Diese Maßnahmen müßten in zweierlei bestehen: erstens in Geld und zweitens in Organisation“.²³ Der zusätzliche Finanzbedarf war angesichts der Fakten ohnehin unstrittig: „Die Druckkosten für die Berliner Akademieschriften seien um 770 Prozent gestiegen, sodaß im nächsten Jahre die Drucklegung irgendwelcher Schriften nicht mehr möglich sei, und damit die Akademien ihre Tätigkeit einstellen müßten“, berichtete Hermann Diels.²⁴ Auch der mögliche Geldgeber stand fest, wie der Verhandlungsführer des Reichsinnenministeriums Theodor Lewald betonte: „Die früher gegen eine kulturelle Betätigung des Reichs geäußerten Bedenken, daß das Reich die kulturelle Selbständigkeit der einzelnen Staaten nicht gefährden dürfe, seien heute verstummt mit Rücksicht darauf, daß die Notlage in den einzelnen Ländern überall die gleiche sei.“²⁵ Staatssekretär Carl Heinrich Becker vom preußischen Ministerium für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung mahnte sogar im Beisein seines Ministers Konrad Hänisch, „daß das Reich die Verpflichtung habe, die in der Denkschrift gestellten Aufgaben zu lösen. Bislang habe Preußen als größter Bundesstaat große Aufwendungen für wissenschaftliche Zwecke gemacht, die dem ganzen Reich gleichmäßig zugute gekommen seien. Eine weitere Bereitstellung von Mitteln in diesem Umfang sei für Preußen aber mit Rücksicht auf die Finanzlage ganz unmöglich.“²⁶ Es existierten von staatlicher Seite aber nicht nur in Sachen Geld sehr klare Vorstellungen, sondern auch bezüglich der Organisation:

„Vorbilder für solche Organisation seien vorhanden. [...] Auf dem Gebiet eigentlicher wissenschaftlicher Arbeit seien es die Akademien, die einzeln, wie in ihrer Gesamtheit, wissenschaftliche Arbeitsgemeinschaften darstellten und als solche Träger großer wissenschaftlicher Unternehmungen seien, die auch im Rahmen der ihnen zu Verfügung stehenden beschränkten Mittel schon bisher die Forschung gefördert hätten, wo ihnen nach Lage des Falles besondere Förderung geboten erschien.“

²² Protokoll von Gustav Roethe über die Sitzungen des Sekretariats der PAW vom 21. und 22. Juni 1920: Teilnehmer (* an beiden Sitzungen): Schmidt-Ott*, Harnack, Haber*, Hergesell, Diels*, Planck, Roethe* (alle Berlin), Schröder* (Göttingen), Le Blanc* (Leipzig), Wolters* (München); AAW Berlin, Bestand PAW, II-XIV, 31.

²³ Hugo Krüss in den einleitenden Bemerkungen, Aufzeichnung über die am 22. Juni 1920 im Reichsministerium des Innern zu Berlin abgehaltene Besprechung über die Notlage der deutschen Wissenschaft, AAW Berlin, Bestand PAW, II-XIV, 31, Bl. 48/5.

²⁴ Ebd., Bl. 48/10.

²⁵ Ebd., Bl. 48/13.

²⁶ Ebd., Bl. 48/14.

Ohnehin galten die Akademien als der Motor der Notgemeinschaft. Zur Diskussion stände zwar eine Denkschrift, „die von der Notgemeinschaft ausgearbeitet sei, aber im ganzen wie im einzelnen durchaus das wiedergebe, was den Anschauungen der kartellierten Akademien entspreche.“²⁷ Die ministeriellen Vorstellungen von der Stellung und der Tätigkeit der Akademien mögen aus heutiger Sicht bereits recht idealisiert erscheinen. Deutlich wird jedoch die den Akademien zugeordnete Funktion bei einer zentralen Forschungsförderung in der jungen Republik:

„Unter dem Gesichtspunkt der Förderung der gesamten deutschen Wissenschaft seien die bereitzustellenden Mittel in diejenigen Kanäle und nach den Stellen zu leiten, wo sie im Interesse der Gesamtheit den größten Nutzeffekt erzielen könnten. Dazu bedürfe es einer von der Sachkunde und dem Vertrauen der Gesamtheit getragenen Gesamtvertretung der deutschen Wissenschaft, wie sie im engeren Interessenkreis der akademischen Arbeit im Kartell der deutschen Akademien bereits vorhanden sei. Diese Gesamtvertretung sei in den letzten Wochen in Form der Notgemeinschaft der deutschen Wissenschaft geschaffen worden.“²⁸

Ohne auf die Geschichte der Notgemeinschaft an dieser Stelle näher einzugehen,²⁹ sollen das starke Engagement der Akademien einerseits und die Erwartungen der jungen Republik andererseits verdeutlicht werden. Warum nutzten die Akademien, insbesondere die Berliner, nicht die Chance, die neue Organisation fester an sich zu binden? Zehn Jahre nach der Gründung sahen sich die Akademien sogar „in einen unerfreulichen Gegensatz“ zur Notgemeinschaft hineinmanövriert. Sie hielten es schon für „erfreulich“, wenn es keine „Obergurachten“ der Gemeinschaft zu ihren eigenen Anträgen auf Förderung gäbe.³⁰ Konnte den Akademien die Entwicklung verborgen geblieben sein, wo sie doch in den wichtigsten Gremien der Notgemeinschaft seit der Gründung hervorragend vertreten gewesen waren?³¹ Es lassen sich zumindest drei Gründe für diese aus Akademiesicht negative Entwicklung benennen. Der offensichtlichste war eine Unterschätzung: Die Akademien haben die Notgemeinschaft zu lange als Provisorium betrachtet, dessen Zukunft nicht im Kartell beraten werden mußte. Stattdessen dominierte in den zwanziger Jahren nur ein Thema die jährlichen Kartellsitzungen: Wie konnte der Alleinvertretungsanspruch der Akademien für die deutsche Wissenschaft auf der internationalen Ebene – wo man sich

²⁷ Hugo Krüss, ebd., Bl. 48/4.

²⁸ Hugo Krüss, ebd., Bl. 48/6.

²⁹ Zur Notgemeinschaft vgl. Schmidt-Ott, *Erlebtes und Erstrebtes*; Zierold, *Forschungsförderung*; Nipperdey/Schmugge, *50 Jahre Forschungsförderung*; Schlicker, *Notgemeinschaft der Deutschen Wissenschaft*, S. 71–97; Marsch, *Notgemeinschaft*; Schulze, *Stifterverband*; Hammerstein, *Deutsche Forschungsgemeinschaft*.

³⁰ Protokoll der Kartelltagung vom 25. April 1930 in München (Auszug), II. Verhältnis der Akademien zur Notgemeinschaft der Deutschen Wissenschaft, AAW Berlin, Bestand PAW, II-XIV, 33, Bl. 88.

³¹ Den Hauptausschuß leitete Adolf von Harnack, für zehn der 20 (später 21) Fachausschüsse lag die Verantwortung für deren Besetzung bei den Akademien. Schließlich gehörte der Präsident der Notgemeinschaft Schmidt-Ott seit 1914 der PAW als Ehrenmitglied an.

freilich erst wieder etablieren mußte – gesichert werden?³² Erst als Ende der zwanziger Jahre die Notgemeinschaft bereits mit einer „Großakademie“ verglichen wurde, bekam die nationale Sicht wieder größere Bedeutung.³³ Zwei weitere, durchaus prinzipielle Gründe erklären den Terrainverlust gegenüber der Notgemeinschaft: In den deutschen Wissenschaftsakademien gab es keine Mehrheiten für die eigentliche Erfolgsidee der Notgemeinschaft, als Selbstverwaltungsorganisation „die gesamte Wissenschaft, auch die technische Wissenschaft, zu einem Bunde zu vereinen“.³⁴ Der andere Grund ist der traditionell regionale Charakter der deutschen Akademien; sie konnten und wollten keine nationalen Aufgaben übernehmen. Herrschte aber auch hier Konsens unter den Schwesterakademien? Wie verhielt sich die Berliner Akademie? An der Reaktion auf die Erkenntnis, daß aus dem Provisorium Notgemeinschaft ein Konkurrent auf Dauer werden könnte, soll dem nachgegangen werden.

Als die Notgemeinschaft 1929 in eine Krise geraten war, versuchte die Berliner Akademie mit einer Doppelstrategie, die Initiative zurückzugewinnen. Die Lage der Notgemeinschaft war durch den monarchischen Führungsstil ihres Präsidenten Schmidt-Ott sowie durch angekündigte Etatkürzungen um eine Million Mark prekär geworden. Ersterer diskreditierte nachhaltig die Idee der Selbstverwaltung,³⁵ letztere ließ die Fortführung der Arbeiten als „schwer gefährdet“ erscheinen.³⁶ Die Krise der Notgemeinschaft bot dem Preußischen Kultusminister Carl Heinrich Becker Gelegenheit zu deutlicher Kritik an der von einigen Ländern inzwischen ungeliebten Selbstverwaltungsinstitution, die ihnen keinen Einfluß bei der Vergabe der Fördermittel gestattete und ohnehin als Stützpunkt einer aktiven Reichskulturpolitik beargwöhnt wurde. Ohne nachhaltige Veränderungen war die Krise nicht zu bewältigen. Selbst die Beendigung des „Provisoriums Notgemeinschaft“ mußte in Betracht gezogen werden. Friedrich Schmidt-Ott bat die Akademie in einem Schreiben vom 20. April 1929 „um eine Bekanntgabe ihrer gegenwärtigen Auffassung bezüglich der Institution Notgemeinschaft und speziell bezüglich der Person ihres Präsi-

³² Vgl. hierzu den Beitrag von Conrad Grau in diesem Band sowie ders., „Wissenschaftsakademien“, S. 31–56.

³³ Friedrich Schmidt-Ott erwähnte diesen Vergleich durch einen „der hervorragendsten Rechtslehrer“ (wahrscheinlich Ernst Heymann) in seinem Aufsatz: Zusammenfassung und planmäßige Finanzierung in der staatlichen Förderung der deutschen Kulturaufgaben, in: Reich und Länder. Sonderdruck von Friedrich Schmidt-Ott am 22. April 1929 der PAW übergeben, AAW Berlin, Bestand PAW, II-XIV, 33, Bl. 24/3.

³⁴ Siehe Anm. 16.

³⁵ Vgl. Hammerstein, *Deutsche Forschungsgemeinschaft*, S. 57ff. Der Hauptausschuß und auch die Fachausschüsse blieben reine Beratungsgremien für ein Präsidium, das de facto nur aus dem Präsidenten und seiner Geschäftsstelle bestand. „Das Prinzip einer selbstverständlich wahrgenommenen Allzuständigkeit des Präsidenten war es in den späten zwanziger Jahren denn auch, was zunehmend befremdlich, unorganisch wirkte, zu Mißverständnissen führte und Mißhelligkeiten heraufbeschwor.“ Insbesondere Fritz Haber kämpfte dagegen an. Hierzu auch Szöllösi-Janze, *Fritz Haber*, S. 623ff.

³⁶ Der Etat schwankte ab 1924 zwischen drei und fünf Millionen Mark, war 1927/28 auf acht Millionen Mark angestiegen und sollte 1929 auf sieben Millionen Mark gekürzt werden. Etatangaben bei Zierold, *Forschungsförderung*; Zitat und Kürzungsrates aus Denkschrift der PAW vom Mai 1929, AAW Berlin, Bestand PAW, II-XIV, 33, Bl. 47/2,3.

ten“.³⁷ Max Planck teilte ihm im Namen der Akademie mit, „daß dieselbe Ihr Verbleiben in Ihrem Amt an der Spitze der Notgemeinschaft als eine selbstverständliche Vorbedingung für die Erreichung irgend eines Erfolges betrachtet“.³⁸ Die Berliner Akademie unterstützte die Notgemeinschaft in ihrem Budgetkampf durch eine Denkschrift, die „in der dringenden, ausführlich motivierten Bitte gipfelt[e]“, von den Kürzungen abzusehen. Den Namen des Präsidenten erwähnte sie allerdings nicht.³⁹ Alle anderen Akademien stimmten der Berliner Initiative zu oder verfaßten eigene Eingaben.⁴⁰ Der Preußische Kultusminister jedoch meldete Bedenken an:

„Die Preußische Akademie wird ihrerseits mit der Staatsregierung ohne Zweifel bei weiterer Erweiterung der Aufgaben und Ziele der Notgemeinschaft vor die sehr ernste Frage gestellt sein, ob denn nicht einer ihrer wesentlichen Zwecke, der der Forschungsorganisation zu dienen, so beeinträchtigt werden kann, daß ihre Entwicklung Schaden erleidet. Ich sehe es als eine zeitgemäße Aufgabe der Akademie an, gerade diese Frage zu prüfen und mir dadurch die Voraussetzungen zu schaffen, die notwendig sind, um nicht nur den Fortbestand, sondern auch den Ausbau der Akademie im Sinne erweiterter Forschungsorganisation zu sichern.“⁴¹

Die Aversion Carl Heinrich Beckers gegenüber der Notgemeinschaft hatte – neben einem gespannten Verhältnis zu Friedrich Schmidt-Ott⁴² – zum einen ihre Ursache in der Ablehnung von oder Vorsicht gegenüber den propagierten Selbstverwaltungsprinzipien in der Wissenschaft. Gerade in Preußen konnte ja auch eine kompetente Ministerialbürokratie auf ein erfolgreiches Wirken über mehrere Jahrzehnte verweisen. Und die „Grundversorgung“ in Sachen Wissenschaft mußten die Kultusbehörden in allen Ländern nach wie vor sichern. Ihnen leuchtete deshalb nicht ein, „daß sie keinen Einfluß auf die Mittelvergabe haben sollten. Daß zudem nur Forschung, Bibliotheken und Nachwuchswissen-

³⁷ Friedrich Schmidt-Ott an Max Planck, AAW Berlin, Bestand PAW, II-XIV, 33, Bl. 42. Zitat aus Protokoll der Gesamtsitzung vom 2. Mai 1929, ebd., Bl. 43.

³⁸ Max Planck an Friedrich Schmidt-Ott am 4. Mai 1929, AAW Berlin, Bestand PAW, II-XIV, 33, Bl. 44.

³⁹ Die Denkschrift ging am 15. Mai 1929 an den Deutschen Reichstag und vorab am 11. Mai an das Preußische Kultusministerium. AAW Berlin, Bestand PAW, II-XIV, 33, Bl. 46–49.

⁴⁰ Eigene Eingaben: München 6. Mai 1929, Göttingen 3. Juni 1929; Zustimmung: Leipzig 23. Mai 1929, Heidelberg 5. Juni 1929; AAW Berlin, Bestand PAW, II-XIV, 33, Bl. 50–54 und 62–65.

⁴¹ Kultusminister Carl Heinrich Becker am 21. Mai 1929 an die PAW, AAW Berlin, Bestand PAW, II-XIV, 33, Bl. 49f.

⁴² Carl Heinrich Becker war nach einer Universitätskarriere als Orientalist 1916 als Personalreferent für die Hochschulabteilung ins Preußische Kultusministerium berufen worden. Im Gegensatz zu seinem Chef, Kultusminister Friedrich Schmidt-Ott, blieb er auch in der Weimarer Republik im Ministerium. Er bejahte sehr schnell die neue Staatsform und diente Preußen als Staatssekretär und zweimal als Kultusminister. Das Verhältnis zwischen ihm und dem 16 Jahre älteren Schmidt-Ott war zunehmend getrübt. Letzterer hatte Mühe, seinen ehemaligen Untergebenen in dessen neuer Position zu akzeptieren, dem er zudem nie die nahtlose Bereitschaft zur Tätigkeit für Kaiser- bzw. Königreich und Republik verzieh. Becker hingegen war wenig von Schmidt-Otts aufrichtiger Loyalität gegenüber dem neuen Staatswesen überzeugt.

schaftler, nicht aber Universitäten, Institutionen, Lehre und Ausbildung im allgemeinen bezuschußt wurden, kritisierten sie als unzulässige Benachteiligung, ja Ungerechtigkeit. Sie zahlten für das Alltägliche – letztlich das eigentlich Lebensnotwendige –, während die Notgemeinschaft die Festtagsmenues aussuche.⁴³

Zum anderen sah sich Preußen doppelt benachteiligt. Als bei weitem größter Geldgeber für die Wissenschaft im Reich und anerkanntermaßen kompetentester Staat in Sachen Wissenschaftspolitik erwartete man größere Rechte. Letzteres konnte ein anderer „Primus inter pares“, die Berliner Akademie, wohl nur zu gut verstehen.⁴⁴ So nahm sie „dankend“ die Einladung des Kultusministers an, „grundsätzliche Fragen, welche die Organisation und die Aufgaben der Akademie in Gegenwart und Zukunft betreffen“ mit dem Leiter der Hochschulabteilung, Ministerialdirektor Werner Richter,⁴⁵ „ausführlich“ zu besprechen.⁴⁶ Der Minister möge „überzeugt“ sein, so antworteten die vier Sekretare, daß die Akademie „gerade unter den gegenwärtigen Zeitumständen der Entwicklung der Fragen, die für ihr Leben und ihre Zukunft von entscheidender Bedeutung sind, ihre ernsteste Aufmerksamkeit widmet“.⁴⁷ Sie konnten beruhigen, denn es existierte noch eine zweite Denkschrift ganz anderer Zielsetzung – fertig in erster Fassung einen Tag bevor die Denkschrift zur Notgemeinschaft verschickt wurde. Sie war an die preußische Regierung adressiert und nicht mit den anderen Akademien abgestimmt. Ihr Ziel: „eine wesentliche Erweiterung des Aufgaben- und Betätigungskreises der Akademie und eine möglichst intensive Fühlungnahme mit allen grossen in der deutschen wissenschaftlichen Welt verfolgten Aufgaben“. Zur Sicherung „ihrer Daseinsberechtigung unter den völlig veränderten Verhältnissen des 20. Jahrhunderts“ wolle man gemeinsam mit der preußischen Staatsregierung die Akademie „wieder zu dem machen, was sie einmal war, zum Mittelpunkt aller Forschung“. Wie sollte das geschehen? Laut Denkschrift durch den deutlichen Ausbau des eigenen Forschungspotentials, worauf später eingegangen wird, und durch die Übernahme der Notgemeinschaft: Das Provisorium Notgemeinschaft sei entbehrlich. Nur ihre „unentbehrlichsten Funktionen müßten am Leben erhalten werden“. Dies sei „nur dann möglich, wenn die Akademie als ideale Einheit aller Wissenschaften für die Überwachung und Leitung des wissenschaftlichen Lebens eintritt und die zahlreichen wertvollen Auslandsbeziehungen, die die Notgemeinschaft angeknüpft hat, fortführt.“ Die Lösung des Dilemmas, eine Regional- und keine Reichsakademie zu sein, wurde mitgeliefert: „ins Auge zu fassen sei [...] eine erhebliche Vermehrung der auswärtigen Mitglieder“, die dann nicht nur die Rechte, sondern auch die Pflichten von Ordentlichen Mitgliedern haben müßten. Ohnehin gelänge es immer seltener „auf allen Gebieten der Wissenschaften die ersten Autoritäten“ für Berlin zu gewinnen.

⁴³ Hammerstein, *Deutsche Forschungsgemeinschaft*, S. 59f.

⁴⁴ Zu ihrer Sonderstellung gegenüber den anderen deutschen Wissenschaftsakademien vgl. Laitko, „Akademie und neue Arbeitsteilungen“, S. 149–173.

⁴⁵ Nach Hammerstein, *Deutsche Forschungsgemeinschaft*, S. 76, ein „Intimfeind Schmidt-Otts“.

⁴⁶ Protokoll der Gesamtsitzung vom 30. Mai 1929, AAW Berlin, Bestand PAW, II-XIV, 33, Bl. 54.

⁴⁷ Brief von Max Planck, Max Rubner, Heinrich Lüders und Ernst Heymann am 14. Juni 1929 an das Kultusministerium, AAW Berlin, Bestand PAW, II-XIV, 33, Bl. 61.

„Wenn die Akademie in grösserem Umfange als bisher deutschsprachige Gelehrte im weitesten Sinne unter Einbeziehung Österreichs und der deutschen Schweiz in den Kreis ihrer auswärtigen Mitglieder aufnehmen könnte, so würde sie schon allein durch eine solche Verbreiterung ihrer Basis in der Lage sein, die Wirksamkeit der Fachausschüsse der Notgemeinschaft dermaleinst zu übernehmen und fortzuführen.“⁴⁸

1929 war allerdings nicht schon dermaleinst. Das Provisorium „Notgemeinschaft“ ging nicht unter, sondern im Dezember 1929 in die „Deutsche Gemeinschaft zur Erhaltung und Förderung der Forschung (Deutsche Forschungsgemeinschaft)“ über. Die Akademien bedauerten dies gemeinsam und die Berliner wohl insgeheim etwas mehr. Zumindest die weitere Entwicklung, „die in einen unerfreulichen Gegensatz“ zu den deutschen Akademien führen könne, wollten sie künftig gemeinsam „dauernd im Auge behalten“ und vor allem die finanzielle Abhängigkeit abbauen. „Jährliche Aussprachen auf der Kartelltagung sind nötig. Im Bedarfsfalle soll der Vorort auch außerordentliche Kartellsitzungen anberaumen, wenn die Beziehungen zur Notgemeinschaft das nötig machen.“ So lautete zumindest das Fazit der Münchner Kartelltagung 1930.⁴⁹ Dazu kam es in den nächsten 15 Jahren jedoch nicht. Die Notgemeinschaft und die Akademien drifteten weiter auseinander. Dazu mag beigetragen haben, daß es schon bald nach der Machtübergabe an die Nationalsozialisten in der Ministerialbürokratie und in der Notgemeinschaft zu grundlegenden Veränderungen kam: Ab 1. Juni 1934 ging das bisherige preußische Kultusministerium im neuen Reichsministerium für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung (REM) unter Bernhard Rust auf. Schon am 23. Juni teilte Rust Friedrich Schmidt-Ott mit, „daß Hitler [Johannes] Stark⁵⁰ an [seiner] Stelle zu sehen wünsche.“⁵¹ Dieser neue, dem „Führer“ treu ergebene Präsident der Notgemeinschaft stieß bei den Akademien auf Ablehnung. In der Preußischen Akademie verhinderte Anfang 1934 vor allem Max von Laue⁵² seine von der Regierung gewünschte Zuwahl.⁵³ Bei der Wahl zum Präsidenten der Notgemeinschaft stimmten von 53 Beteiligten zwar 47 dafür, aber die Akademien in Berlin, München, Göttingen und Leipzig gemeinsam mit der Universität München dagegen.⁵⁴

⁴⁸ Denkschrift der Preußischen Akademie der Wissenschaften, Berlin, im Juni 1929, 1. Entwurf vom 14. Mai 1929, 141 Seiten, AAW Berlin, Bestand PAW, II-1, 10, Bl. 85/1–10.

⁴⁹ Protokoll der Kartelltagung vom 25. April 1930 in München (Auszug), II. Verhältnis der Akademien zur Notgemeinschaft der Deutschen Wissenschaft, AAW Berlin, Bestand PAW, II-XIV, 33, Bl. 88.

⁵⁰ Johannes Stark (1874–1957), Physiker (gemeinsam mit Philipp Lenard vertrat er den irrationalen, antisemitischen Gedanken von einer „Deutschen Physik“), 1933–1939 Präsident der Physikalisch-Technischen Reichsanstalt, 1934–1936 Präsident der Deutschen Forschungsgemeinschaft.

⁵¹ Zit. nach Zierold, *Forschungsförderung*, S. 157, Mitteilung von B. Rust an alle Mitglieder der Notgemeinschaft der Deutschen Wissenschaft über die Berufung J. Starks zum kommissarischen Leiter der Notgemeinschaft am 17. Juli 1934, AAW Berlin, Bestand PAW, II-XIV, 34, Bl. 52.

⁵² Max von Laue (1879–1960), Physiker, 1920 OM PAW, 1919 Prof. für theoretische Physik an der Universität Berlin.

⁵³ Hierzu Grau/Schlicker/Zeil, *Akademie im Imperialismus III*, S. 171–175.

⁵⁴ Angaben aus dem Schreiben des Reichsministers vom 3. August 1934. Die KWG enthielt sich der Stimme. In der PAW wurde auf der Gesamtsitzung am 23. Juli 1934 abgestimmt: 34 Stimmen ‚Nein‘ und eine Stimme ‚Ja‘. Begründung für die Ablehnung: „weil sie an ihm die nötige organisatorische Befähigung

II. Die Akademie und die angewandten Wissenschaften

„Das zentrale Ideologem der Akademie der Wissenschaften, das der reinen Wissenschaft, verbot eine Erweiterung des sich auf Mathematik, Naturwissenschaften und Geisteswissenschaften beschränkenden akademischen Fächerspektrums. Die Akademie konnte sich zwar dem politischen Zwang bei der Etablierung technischer Fachstellen nicht entziehen, setzte diese aber in einer Weise um, daß ihr Selbstverständnis dabei wenig Schaden nahm.“⁵⁵ Diese Feststellung, die Wolfgang König für die Berliner Akademie während der Kaiserzeit trifft, hat auch für die Zwischenkriegszeit Bestand; sie gilt sogar für *alle* deutschen Wissenschaftsakademien. Zwar wollten die Akademien immer „führende“ Repräsentanten der Wissenschaft sein, „allumfassende“ jedoch nie. Diese Einstellung dürfte auch letztendlich wesentlich zum Scheitern der „Übernahmeinitiative“ der Berliner Akademie in der Krisensituation der Notgemeinschaft beigetragen haben. An der Grundhaltung der Akademiemitglieder zu einer umfassenden Repräsentanz der Wissenschaften in einer Akademie hatte sich nämlich seit der Gründungsphase der Notgemeinschaft gar nichts verändert.

Damals mußte sich die Berliner Akademie mit dieser Problematik auseinandersetzen, weil sie aufgefordert worden war, die Akademie um eine dritte „technische“ Klasse zu erweitern.⁵⁶ Die Akademie wies am 24. Januar 1922 den bereits seit mehr als zwei Jahren vorliegenden Antrag an den Kultusminister zurück.⁵⁷ Sie bezweifelte, daß die Technik jetzt mehr geworden sei, „als eine bloße Anwendung“ der Mathematik und der Naturwissenschaften.

„Die Verwertung wissenschaftlicher Erfahrungen und Lehrsätze zu praktischen Zwecken ist zwar auch eine schöpferische, aber keine rein wissenschaftliche Leistung, mag dabei auch noch soviel Wissen und Scharfsinn aufgewendet werden. Es hiesse demnach das Wesen und die Aufgaben einer Akademie der Wissenschaften völlig verkennen, wenn man ihr eine ‚technische Klasse‘ eingliedern sollte. Es ist schon häufig vorgekommen, dass techni-

vermißt“. Heidelberg hatte wohl eher aus Versehen zugestimmt, wie man die PAW wissen ließ: „Wir sind über die Persönlichkeit des Herrn Stark nach der von Ihnen hervorgehobenen Seite nicht unterrichtet gewesen“. Alle Materialien einschließlich der Stellungnahmen der anderen Akademien in: AAW Berlin, Bestand PAW, II-XIV, 34, Bl. 52–68. Hammerstein, *Deutsche Forschungsgemeinschaft*, S. 117, nennt leicht abweichende Zahlen: 55 Stimm-Abgaben, 49 Ja-Stimmen.

⁵⁵ Vgl. hierzu König, „Akademie und Technikwissenschaften“, S. 381–398, Zitat S. 396; sowie in diesem Band die Beiträge von Burghard Ciesla, Jonathan Harwood und Rainer Hohlfeld.

⁵⁶ Vgl. hierzu Schlicker, *Akademie im Imperialismus II*, S. 113ff. Der Vorschlag wurde am 24. Oktober 1919 für eine Vertreterversammlung der Hochbauabteilungen der Technischen Hochschulen formuliert und durch den Rektor der Technischen Hochschule Berlin (Charlottenburg) als Eingabe an das Preußische Kultusministerium eingereicht. Am 21. November 1921 folgte eine analoge Eingabe des 1918 gegründeten „Reichsbundes Deutscher Technik“. Als Zweige der Technik sollten künftig in der Akademie vertreten sein: Hochbau; Straßen- Brücken- und Wasserbau; Eisenbahnbau; Kraftmaschinenbau; Arbeitsmaschinenbau; Stark- und Schwachstromelektronik; Schiffbau; Luftschiffahrt; anorganische Chemie, Farbstoffe, medizinische Präparate; Keramik; Bergbau; Apparatebau, Feinmechanik; landwirtschaftliche Technik; Rechtsverhältnisse der Technik.

⁵⁷ Text des Gutachtens in: GStA, Rep. 76 Vc Sekt. 2 Tit. XXIII Litt F Nr. 1, Bd. XII, Bl. 250f.

sche Arbeit auch rein wissenschaftliche Anregungen gezeitigt und zu neuen wissenschaftlichen Entdeckungen Veranlassung gegeben hat. Wer als Techniker derartige Leistungen in hervorragendem Masse vollbringt, dem stehen die Pforten der Akademie seit jeher offen, wie jedem anderen wissenschaftlichen Forscher. Er wird aber nicht zum Mitglied der Akademie gewählt, weil er Techniker, sondern weil er ein Mann der Wissenschaft ist.“

Das gelte aber nicht nur für die Technik, denn auch andere Gebiete wären für „das Volkswohl gewiss nicht minder hoch anzuschlagen“. Jedoch könne das dann „alsbald dahin führen, dass auch eine ‚land- und forstwirtschaftliche‘ und wieder mit demselben Recht eine ‚medizinische‘, eine ‚staatswissenschaftliche‘, eine ‚juristische‘ Klasse gefordert werden könnte. [...] Man sieht zu welchen Konsequenzen es führen würde, wenn die Lehre von der praktischen Anwendung der Natur- und Geisteswissenschaft in den Wirkungskreis der Akademie mit einbezogen würden, deren Aufgaben sie teils nur in lockerem äusserlichen Zusammenhang, teils sogar in unlöslichem inneren Widerspruch ständen. [...] Das was ein fruchtbares Zusammenwirken der mathematisch-naturwissenschaftlichen und der geisteswissenschaftlichen Klasse und der anderen deutschen und ausländischen Akademien ermöglicht hat, war die Gemeinschaft und Einheit des Strebens nach der reinen wissenschaftlichen Erkenntnis. Zwischen einer technischen Klasse und den Geisteswissenschaften würde es so gut wie gar keine Berührung geben, und die Einfügung eines solchen Fremdkörpers wird die bisherige segensreiche Einheitlichkeit unserer Arbeit unfehlbar zersprengen.“

Für die Sekretare Heinrich Lüders, Gustav Roethe, Max Planck und Max Rubner⁵⁸ lag das „Wesen einer Akademie der Wissenschaften“ unerschütterlich in der „Unabhängigkeit ihres idealen Wirkens von den Faktoren des staatlichen und öffentlichen Lebens“. Sie bezogen sich dabei ausdrücklich auf den Geschichtsschreiber der Akademie, Adolf von Harnack, der 1900 die anerkannte Stellung der Akademie „als höchste wissenschaftliche Körperschaft“ damit begründete: „Eben dass sie keinen praktischen Zweck hat, sondern der reinen Wissenschaft dient, gibt ihr die repräsentative Bedeutung.“ Zwölf Jahre später schrieb Harnack aber dem Sekretar Hermann Diels:

„Die Akademie, will sie in lebendiger Fühlung mit der neuen Stellung der Wissenschaft bleiben und die Führerrolle behaupten, muss sich erweitern. Andernfalls droht ihr, dass sie auf die Rolle sich selbst beschränkt, die der Senat [Roms] in der späteren Kaiserzeit hatte. Sie muß auch die angewandte Wissenschaft kommandieren. [...] Die Akademie muss ins Leben hinein, weil die Wissenschaft heutzutage mitten im Leben steht – ganz anders als noch vor 20 Jahren.“⁵⁹

⁵⁸ Heinrich Lüders (1869–1943), Indologe, 1909 OM PAW, 1909 Prof. für altindische Sprache und Literatur an der Universität Berlin, 1920–1938 Sekretar der Philosophisch-historischen Klasse der PAW.

Gustav Roethe (1859–1926), Germanist, 1902 OM PAW, 1902 Prof. für Germanistik an der Universität Berlin, 1911–1926 Sekretar der Philosophisch-historischen Klasse der PAW.

Max Rubner (1854–1932), Hygieniker, 1906 OM PAW, 1891 Prof. für Hygiene an der Universität Berlin, 1919–1932 Sekretar der Physikalisch-mathematischen Klasse.

⁵⁹ Adolf von Harnack „Vertraulich und sekret“ an Hermann Diels am 28. Oktober 1912, Brief veröffentlicht in: Kocka, *Preussische Akademie*, S. 460–463.

Vermutlich kannten die Sekretare 1922 die Vorstellungen ihres Kollegen Harnack nicht.⁶⁰ Offensichtlich waren sie aber vor allem in der Akademie nach wie vor nicht mehrheitsfähig, denn Harnack brachte sie nicht in die offizielle Debatte ein. Er hatte gemeinsam mit Fritz Haber ja auch nicht auf die Akademie, sondern auf eine Gründung „Notgemeinschaft“ gesetzt, als es darum ging, die „gesamte Wissenschaft, auch die technische Wissenschaft, zu einem Bunde zu vereinigen“.⁶¹ Jedenfalls bat die Akademie in ihrem Gutachten den Minister abschließend, „dass ihr eine wesensfremde Erweiterung, die ihre Wirksamkeit lähmen müsste, erspart bleibt“.⁶² Obwohl die Reaktion des Ministers nicht überliefert ist, dürfte er mit der *Stellungnahme der Akademie* nicht ganz zufrieden gewesen sein. Der Vorgang wurde nicht abgeschlossen, sondern er blieb aktuell. Schon 1925 und 1926 wurde im Ministerium allerdings dann über die „Gründung einer deutschen Akademie der technischen Wissenschaften“ gesprochen.⁶³ Von der eingessenen Akademie erwartete man sich im Kultusministerium offensichtlich nach wie vor keine *Aufgeschlossenheit*. Technik blieb – wie auch andere Disziplinen⁶⁴ – für die Akademie unwürdig. Zwar war die Bedeutung der Technik für den Fortschritt in der Akademie unumstritten, als einziges Fundament akzeptierte man aber ausschließlich die „nie rastende Veredelungsarbeit der Wissenschaft“.⁶⁵ Wollten die Akademien nur den „edleren“ Teil beackern, mußten sie ein immer größeres Feld der neuen Notgemeinschaft überlassen. Differenzen wurden so unvermeidbar, da die Akademien zugleich das Monopol auf die höchste Repräsentanz der Gesamtwissenschaft beanspruchten.

⁶⁰ Adolf von Harnack hatte Hermann Diels gebeten, seine Gedanken „streng vertraulich zu behandeln, wie ich mit keiner Menschenseele noch über sie gesprochen habe“. Erst im Sommer 1945 ist Harnacks Brief von Diels Sohn Ludwig der Akademie übergeben worden. Vgl. Nötzoldt, *Wolfgang Steinitz und die Deutsche Akademie der Wissenschaften*, S. 19f.

⁶¹ Vgl. Anm. 16.

⁶² Gutachten in: GStA, Rep. 76 Vc Sekt. 2 Tit. XXIII Litt F Nr. 1, Bd. XII, Bl. 251.

⁶³ Der Vorgang ist in seinen Wirkungen bisher nicht nachvollziehbar. Im Januar 1924 wurde die Entscheidung zur Gründung einer Akademie der Technischen Wissenschaften zur Wiedervorlage auf Januar 1925 und dann auf Januar 1926 geschoben. GStA, Rep. 76 Vc Sekt. 2 Tit. XXIII Litt F Nr. 1, Bd. XII, Bl. 307ff.

⁶⁴ Vgl. hierzu die Beiträge von Jonathan Harwood und Rainer Hohlfeld in diesem Band.

⁶⁵ Fritz Haber zur Stellung von Technik und Wissenschaft in: Aufzeichnung über die am 22. Juni 1920 im Reichsministerium des Innern zu Berlin abgehaltene Besprechung über die Notlage der deutschen Wissenschaft, AAW Berlin, Bestand PAW, II-XIV, 31, Bl. 48/10.

III. Forschungsinstitute an der Akademie

Die Akademie und ihre eigenen Forschungseinrichtungen können auf eine lange und wechselvolle Entwicklung verweisen.⁶⁶ Ende der zwanziger Jahre sah die Mehrheit der Mitglieder ihre Institution auf einem Tiefpunkt angelangt. Die KWG hatte der Akademie als Träger originärer Forschung zumindest in den Naturwissenschaften völlig den Rang abgelaufen. In zwei Denkschriften an die preußische Regierung versuchte die Akademie, auf die Problematik aufmerksam zu machen und Hilfe einzufordern: Die erste ist jene bereits erwähnte unveröffentlichte Schrift vom Mai 1929, die nur als Entwurf überliefert ist. Die zweite wurde als „Denkschrift der Preussischen Akademie der Wissenschaften über die Erweiterung ihrer Tätigkeit“ veröffentlicht und am 26. Juni 1930 dem preußischen Kultusministerium übergeben.⁶⁷ Letztere enthielt allerdings aufgrund der Stabilisierung der Notgemeinschaft und ihrer Umbenennung in „Deutsche Forschungsgemeinschaft“ im Dezember 1929 eine viel bescheidenere Grundorientierung. Die ursprünglich geforderte Ausdehnung auf den gesamten deutschsprachigen Raum reduzierte sich darauf, „bei jeder der beiden Klassen sechs neue Stellen für ordentliche Mitglieder, die von der Residenzpflicht entbunden sind, zu begründen“. Diese Stellen sollten nicht an bestimmte Fächer gebunden sein.⁶⁸ Aus dem Ziel „wieder der Mittelpunkt aller Forschung“⁶⁹ zu werden, wurde nun der Wunsch, die „Stellung, die sie bis jetzt in der deutschen Wissenschaft eingenommen hat, [zu] bewahren“.⁷⁰ Das sei nur möglich, wenn sich die Akademie nicht mehr auf die „Durchführung ihrer bisherigen Unternehmungen beschränken“ müsse.⁷¹ Aber nicht nur die Anzahl der Forschungsvorhaben, sondern auch die Organisationsformen sollten erweitert werden. Neben den bisherigen Kommissionen war die Gründung von Instituten vorgesehen. Dies hatte Heinrich Lüders bereits Anfang des Jahres 1930 öffentlich gefordert: „Institute sind für manche Aufgaben auf dem Gebiete der Geisteswissenschaften genau so notwendig wie für die exakten Naturwissenschaften, wo niemand ihre Unentbehrlichkeit bestreitet.“ Bei den Naturwissenschaften hatte die Akademie offensichtlich schon resigniert: Es sei „nicht als glücklich“ zu bezeichnen, daß der „Akademie keine naturwissenschaftlichen Forschungseinrichtungen zur Verfügung stehen“, zumal sie es durch „eigene Schuld versäumt“ habe, mit den Instituten der KWG in „stärkere Verbindung“ zu

⁶⁶ Vgl. Hohlfeld/Kocka/Walther, „Vorgeschichte und Struktur“, S. 412–459 und Grau, *Preußische Akademie der Wissenschaften*.

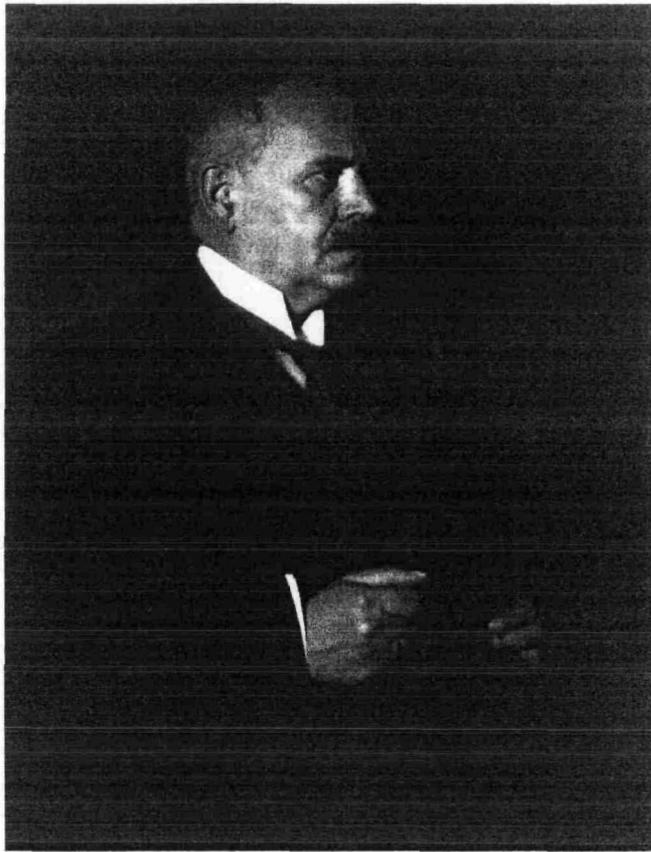
⁶⁷ Denkschrift von Juni 1930 komplett einschließlich Begleitschreiben an das Preußische Kultusministerium in: AAW Berlin, Bestand PAW, II-V, 102, Bl. 78ff., 21 S.; gekürzt in Hartkopf/Wangermann, *Dokumente*, S. 301–310.

⁶⁸ Denkschrift 1930, S. 18f. Für die auswärtigen Ordentlichen Mitglieder war vor allem ein besonderer Diätenfonds erforderlich, um ihnen die Teilnahme an den Sitzungen in regelmäßigen Abständen zu ermöglichen. Genehmigt wurden 1935 pro Klasse je drei Stellen und in der Satzung von 1939 pro Klasse je 12 Stellen.

⁶⁹ Denkschrift 1929, S. 3.

⁷⁰ Denkschrift 1930, S. 1.

⁷¹ Denkschrift 1930, S. 1.



Heinrich Lüders

treten. „Will die Akademie ihren überlieferten Anspruch, ein Hort und Mittelpunkt der gesamten Wissenschaft zu sein, aufrechterhalten, so wird sie danach trachten müssen, diesem Mangel in der einen oder anderen Form abzuhelpen.“²

In die Denkschrift von 1930 gingen die Gedanken Lüders mit historischer Begründung ein:

„Die Akademie ist der Ansicht, daß an der Organisation durch die Kommissionen festgehalten werden muß für solche Unternehmungen, die beschränkten Umfanges sind oder die voraussichtlich in einer bestimmten Zeit zum Abschluß gelangen. Dagegen hält sie es für richtig, für dauernde umfassende Unternehmungen die Form des Instituts zu wählen,

² Heinrich Lüders, Friedrichsrede am 23. Januar 1930, in: SB der PAW 1930, S. XXV.

an dessen Spitze ein von der Akademie aus ihren Mitgliedern gewählter Direktor steht. Ein ebenfalls von der Akademie aus ihren Mitgliedern oder außerhalb der Akademie stehenden Gelehrten gebildeter Ausschuß sollte ihm als wissenschaftlicher Beirat zur Seite stehen. [...] Schon die alte Fridericianische Akademie hat nicht nur Sammlungen, sondern auch Institute besessen wie das chemische Laboratorium, das Observatorium, das Theatrum Anatomicum, einen botanischen Garten. Bei der Reorganisation der Akademie im Jahre 1812 sind sie ihr verlorengegangen. Die ‚Hilfsinstitute‘ sollten nach dem ursprünglichen Plane allerdings der Akademie und der neugegründeten Universität gemeinsam sein; tatsächlich gingen sie ganz in den Besitz der Universität über.⁷³

Naturwissenschaftliche Institute der Universität habe man dann ständig vermehrt und seit 1847 auch außerhalb der Universität eine Reihe preußischer naturwissenschaftlicher Institute, zuerst das Meteorologische Institut, gegründet. Sie alle existierten neben der Akademie, wie auch die nach 1911 entstandenen Institute der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft. „Wenn auch die Akademie zu einigen von ihnen [den KWI] gewisse Beziehungen insofern unterhält, als ihre Leiter der Akademie als Mitglieder angehören, wird es doch heute aus verschiedenen Gründen nicht leicht sein, mit diesen Instituten eine nähere Verbindung herzustellen.“⁷⁴ Ende der zwanziger Jahre verspürte man wohl Handlungsbedarf an der Akademie, diese Situation zu ändern; schließlich war man ja auch vom preußischen Kultusministerium dazu gedrängt worden. Erfreuliche Signale des preußischen Staates hatten schon das Werden der Denkschrift begleitet: Für 1930 waren zusätzliche Mittel in Höhe von gut 100.000 RM angekündigt.⁷⁵ Fast genau diese Summe war in der ursprünglichen Fassung der Denkschrift von 1929 gefordert worden. Die Berliner Situation schien also günstig; viel günstiger zumindest als die Lage z. B. der Bayerischen Akademie. Die mußte gerade eine Verringerung ihres Beitrages zum Biographischen Jahrbuch von 700 auf 300 RM, also eine vergleichsweise drastische Reduzierung von Forschungsmitteln, ankündigen, „da München 1930 Vorort des Kartells sei und dadurch größere Ausgaben zu erwarten seien“.⁷⁶

Als Max Planck am Leibniztag 1930 die Denkschrift vorstellte, verkündete er, es sei ein „verheißungsvoller Anfang gemacht auf dem als notwendig erkannten Wege einer Weiterentwicklung im Sinne ihres Schöpfers“.⁷⁷ Wie sah die Weiterentwicklung aus? Läßt sich

⁷³ Denkschrift 1930, S. 4 und 15.

⁷⁴ Denkschrift 1930, S. 15.

⁷⁵ Gesamtsitzung am 9. Januar 1930: „Das Ministerium teilt mit, daß der Etat der Akademie im Jahre 1930 voraussichtlich um 71.090 RM erhöht werden wird und stellt eine Sonderzuwendung von 30.000 RM. in Aussicht.“ AAW Berlin, Bestand PAW, II-V, 102, Bl. 2.

⁷⁶ Ebd., Bl. 3; Gesamtsitzung am 9. Januar 1930, AAW Berlin, Bestand PAW, II-V, 102, Bl. 2.

⁷⁷ Max Planck, Leibnizrede am 3. Juli 1930; in: SB der PAW 1930, S. LXXXII: „So würde für die erfolgreiche Durchführung mehrerer ihrer wissenschaftlichen Unternehmungen die Schaffung besonderer Forschungsinstitute von hoher Bedeutung sein, und für deren ersprießliches Gedeihen wäre es der Akademie besonders wertvoll, wenn sie die Möglichkeit erhielte, zur Leitung ihrer Institute auch Gelehrte berufen zu können, die ihren Wohnsitz außerhalb der Reichshauptstadt haben. Damit wäre zugleich ein verheißungsvoller Anfang gemacht [...]“

eine solche gegenüber jenem Gutachten von 1922 feststellen, als die Akademie eine Erweiterung ihrer Tätigkeit in Richtung angewandter Wissenschaft konsequent abgelehnt hatte?

Zu den 26 in der Denkschrift aufgeführten Unternehmen der Akademie, deren Aufgaben als fest begrenzt und in absehbarer Zeit als lösbar galten (die also in der Zuständigkeit von Kommissionen verblieben), sollte ein neues Unternehmen hinzugefügt werden. Einige der bestehenden wollte man durch mehr Mitarbeiter zum baldigen Abschluß bringen. Das neue Unternehmen – von „höchster nationaler Bedeutung“ – war ein „Statistischer Atlas des deutschen Volkes in Mitteleuropa“.⁷⁸ Bei den „klassischen Akademieprojekten“ änderte sich also kaum etwas.

Das eigentlich Neue blieb in der Tat die Forderung nach Instituten an der Akademie, die „eine straffere und einheitliche Organisation“ verbürgen und vor allem die „stete Fortführung des Unternehmens“ sichern sollten. Die Zielvorgabe für die Institute lautete, „Mittelpunkt der Forschung auf dem Gebiete, dem es gewidmet ist, für die gesamte Gelehrtenwelt“ zu sein. Vorgeschlagen wurden drei Arten von Instituten: Fünf Institute sollten aus bestehenden Kommissionen gebildet; zwei, maximal fünf „ältere isolierte“ preußische wissenschaftliche Institute angegliedert und ein Institut neu gegründet werden.⁷⁹

Die erste Gruppe betraf fünf geisteswissenschaftliche Vorhaben mit großem internationalen Ansehen, die bereits fest mit der Akademie verknüpft waren, also schon beinahe als Akademieinstitute gelten konnten:

Institut für griechisch-römische Epigraphik

Institut für Geschichte der Wissenschaft im Altertum

Institut für Patristik

Institut für buddhistische Forschung

Deutsches Institut (für deutsche Sprache und Literatur).⁸⁰

Anders bei der zweiten Gruppe. Hier sollte im naturwissenschaftlichen Bereich erschlossen werden, was die KWG nicht beanspruchte und was im Zusammenhang mit einer vorgesehenen „Neuordnung der Preußischen Verwaltung“⁸¹ wenig später ohnehin zur Disposition stand:

⁷⁸ Denkschrift 1930, S. 2f.

⁷⁹ Denkschrift 1930, S. 4, 15ff.

⁸⁰ Institut für griechisch-römische Epigraphik: Schon 1815 begann die Akademie mit der Herausgabe sämtlicher Inschriften des klassischen Altertums. Institut für Geschichte der Wissenschaft im Altertum: Die Erforschung der antiken Wissenschaft wurde als „traditionelle Aufgabe“ der Akademie gesehen. Institut für Patristik: Bereits 1891 beschloß die Akademie die Herausgabe der ältesten griechischen Kirchenschriftsteller. Institut für buddhistische Forschung: Basis war die 1912 gegründete Orientalische Kommission. Deutsches Institut: Dieser Wunsch ist so alt wie die Akademie. Schon Leibniz wollte „eine patriotische Deutschkunde auf objektiv-wissenschaftlicher Grundlage“. Zur Gründung eines Deutschen Instituts hatte die Akademie am 18. Juni 1900 eine Eingabe an das Kultusministerium und am 22. Juni 1900 ein Immediatgesuch an den Kaiser gerichtet. 1903 war daraufhin die Deutsche Kommission gegründet worden. Weitere Eingaben zur Errichtung eines Instituts folgten. Hierzu ausführlich Denkschrift 1930, S. 4–14.

⁸¹ Mit der „zurzeit in Durchführung begriffenen Neuordnung“ begründete jedenfalls die PAW eine erneute Antragstellung im Oktober 1932, Gesamtsitzung am 20. Oktober 1932, AAW Berlin, Bestand PAW, II-V, 102, Bl. 194.

Astrophysikalisches Observatorium
Einstein-Institut
Preußisches Meteorologisches Institut
Geodätisches Institut in Potsdam
Biologische Anstalt auf Helgoland.⁸²

Die Forderung nach Gründung eines Instituts für theoretische Physik war die Wiederholung eines bereits bei der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft gestellten Antrages. Die Doppelstrategie von Akademiemitgliedern, die zugleich der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft angehörten, sollte das Vorhaben befördern. Der Bau eines Physik-Instituts war jedoch stets auf dem Gelände der Gesellschaft in Dahlem vorgesehen. Schon allein der geplante Jahresetat lag doppelt so hoch als das, was die Akademie als maximalen Finanzbedarf für ihre gesamte Forschung angemeldet hatte.⁸³

Angesichts der hoffnungslosen Unterlegenheit in der naturwissenschaftlichen Forschung gegenüber der KWG, zielte also die Denkschrift der Berliner Akademie von 1930 im Grunde auf einen Ausbau des vorhandenen geisteswissenschaftlichen Potentials an der Akademie und dessen fester Verankerung in Instituten, quasi als eine Art „KWG für die Geisteswissenschaften“. Die Schrift ging damit nicht über den bereits 1922 für eine Akademie gesteckten Rahmen von Aufgaben hinaus; eher schränkte sie ihn ein, denn selbst die sogenannten „exakten“ Naturwissenschaften wurden bei der angestrebten Erweiterung der Akademietätigkeit nun weitgehend ausgegrenzt. Welche Chancen das Vorhaben wirklich hatte, läßt sich schwer beurteilen, da die Finanzkrise der folgenden Jahre ohnehin alle Pläne zunichte machte.⁸⁴ Trotz dieser Finanzierungsprobleme ist es aber auch nur schwer vorstell-

⁸² Astrophysikalisches Observatorium: 1874 gegründet, alle Direktoren bis 1922 Akademiemitglieder, danach ein Kuratorium bestehend aus fünf Akademiemitgliedern und dem Direktor. Einstein-Institut: bis dahin dem Observatorium angegliedert, wurde dort vom Staat und durch Stiftungen finanziert. Stiftungskuratorium von Einstein geleitet, wäre 1932 statutengemäß zum Observatorium gekommen. Preußisches Meteorologisches Institut: 1847 gegründet, Vorschlagsrecht für die Direktorenstelle bei der Philosophischen Fakultät der Universität, aber statutengemäß mußte die Akademie mit ihren Vorschlägen gehört werden. Geodätisches Institut in Potsdam: gegründet 1869, Verhältnisse wie beim Meteorologischen Institut. Biologische Anstalt auf Helgoland: gegründet 1892. Hierzu ausführlich: Denkschrift 1930, S. 15–17.

⁸³ Die Neugründung eines Instituts für theoretische Physik kann nur vor dem Hintergrund der finanziellen Schwierigkeiten beim Ausbau des KWI für Physik verstanden werden. Dort sollte das Institut entstehen, und sieben bedeutende Naturwissenschaftler, alle Mitglieder der Akademie, hatten bereits am 5. März 1929 einen entsprechenden Antrag an den KWG-Präsidenten gerichtet (gez. von Albert Einstein, Fritz Haber, Max von Laue, Walter Nernst, Friedrich Paschen, Max Planck und Emil Warburg). Antrag in: *Einstein in Berlin*, S. 154–157. Der Antrag wurde schließlich am 28. November 1929, ergänzt durch die Unterschrift Erwin Schrödingers, nochmals bei der Akademie eingereicht. AAW Berlin, Bestand PAW, II-Ia, 13, Bl. 17/34–37. Hierzu ausführlich: Denkschrift 1930, S. 17f. sowie Kant, „Einstein, von Laue, Debye und das Kaiser-Wilhelm-Institut“, S. 233ff.

⁸⁴ Bereits 1931 wurde der Etat der Akademie in drei Schritten um insgesamt mehr als 60.000 RM gekürzt; 1932 war schon fast nichts mehr zu kürzen – nur noch 1.920 RM konnten zurückgefordert werden. Mitteilungen auf den Gesamtsitzungen am 5. Februar und 29. Oktober 1931 sowie am 20. Oktober 1932. AAW Berlin, Bestand PAW, II-V, 102, Bl. 77, 128, 194.

bar, daß die Naturwissenschaftler in der Akademie eine solche, für die Akademie letztlich einseitige Entwicklung zugelassen hätten, wenn man sich das Beharren auf die Gleichbehandlung der Klassen vor Augen hält. Was hätten die Naturwissenschaftler denn auch für einen Grund gehabt, den Ausbau von Forschungspotential innerhalb der Akademie zu fordern? Seit 1911 wuchs und gedieh die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft trotz mancher Stürme erfolgreich. Ihre finanzielle Absicherung war weitgehend vom Reich übernommen worden. Adolf von Harnacks Ratschlag von 1912 im Hinblick auf Akademie und KWG, es sei „einfach das Gewiesene, dass sie sich verschmelzen, bzw. auf das engste kooperieren“, hatte sich nicht erfüllt.⁸⁵ Und das, obwohl Harnack selbst fast zwei Jahrzehnte lang Präsident der KWG und zugleich einflußreiches Akademiemitglied war. Es gibt keinerlei Hinweise darauf, daß er seine Vorstellungen jemals in der Akademie zur Diskussion stellte. Bis zu seinem Tode 1930 hat sich wohl an seinem Urteil von 1912 über die Institution Akademie wenig geändert: „Meine Sorge gilt in erster Linie der Akademie der Wissenschaften. Ich sehe da eine gewisse Stagnation gegenüber dem, was die Zeit verlangt.“⁸⁶ Auch Harnacks Nachfolger als Präsident der KWG von 1930 bis 1937, Max Planck, der in Personalunion Sekretar der Akademie war, hat wohl eine Fusion der beiden Institutionen nie auch nur in Erwägung gezogen.⁸⁷ Obwohl die personellen Verflechtungen zwischen Akademie und KWG eng waren – zwischen 1911 und 1945 gehörten von den 166 wissenschaftlichen Mitgliedern der KWG 21 als Ordentliche und sieben als Korrespondierende Mitglieder der Akademie an – entwickelten sich die Institutionen immer mehr auseinander. Und zwar so sehr, daß es beim nahezu einzigen Punkt geregelter Zusammenarbeit, bei der Ausübung des Vorschlagsrechtes der Akademie für eine definierte Anzahl von Mitgliedern in die Kuratorien der Institute der KWG, schon mal dazu kommen konnte, daß die Akademie 1937 zwei Vertreter für ein Institut benannte, das gar nicht existierte. Zwar hatte seit 1911 ein Gründungskuratorium bestanden, aber auch das war schon 1927 aufgelöst worden.⁸⁸

Das Verhältnis zwischen Akademie und Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft war eben nicht eine „Zusammenarbeit“, sondern nur ein „Nebeneinander“.⁸⁹ Das wollte auch niemand ändern, waren doch die einflußreichsten Naturwissenschaftler und einige wenige Geisteswissenschaftler durch diese Konstellation doppelt privilegiert: In der KWG durch die zusätzliche Mitgliedschaft in der elitären Akademie, in der Akademie durch den Besitz exzellenter Forschungsmöglichkeiten in der KWG – für Außenstehende wahrlich traumhafte

⁸⁵ Adolf von Harnack „Vertraulich und sekret“ an Hermann Diels am 28. Oktober 1912, Brief veröffentlicht in: Kocka, *Preussische Akademie*, S. 460–463.

⁸⁶ Ebd.

⁸⁷ Vgl. den Beitrag von Dieter Hoffmann in diesem Band.

⁸⁸ Am 14. Oktober 1937 teilte der Beständige Sekretar der Akademie Ernst Heymann der KWG-Verwaltung mit, die Akademie habe die beiden Ordentlichen Mitglieder Bruno Meissner und Gerhart Rodenwaldt für das Kuratorium des KWI für Forschungen auf dem Gebiet der islamischen Archäologie bestimmt. Der Generalsekretär der KWG Ernst Telschow klärte daraufhin am 18. Oktober die Akademie (und mit Heymann immerhin auch den gleichzeitigen Direktor eines KWI) über den aktuellen Sachverhalt auf. AAW Berlin, Bestand PAW, II-XIV, 23, Bl. 32f.

⁸⁹ Vgl. hierzu Grau, „Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft“, S. 34–46.

Bedingungen. Ein einziges Mal kam es zu einem – wenn auch nur verbalen – Griff nach den Instituten der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft: Nachdem 1939 das „Führerprinzip“ an der Akademie eingeführt worden war, verkündete der zum Präsidenten der Akademie ernannte Theodor Vahlen⁹⁰ anlässlich des Leibniztages am 6. Juni 1939 seine Vorstellungen von der deutschen Forschungsorganisation:

„Es besteht [...] der merkwürdige Zustand: der Staat unterhält die Akademie; die Institute, die die Akademiker leiten und aus denen die berühmten und wertvollen Arbeiten hervorgehen, unterhält der Staat auch, aber nur zum Teil unmittelbar, zum anderen Teil [...] unterhält der Staat diese Institute auf dem kostspieligen Umweg über die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft. Diese Verquickung von staatlichen und privaten Leistungen mit ihrer Verwischung von Zuständigkeiten ist ein demokratischer Rest von Desorganisation. Für unsere Akademie nachteilig, da glänzende Forschungsergebnisse unserer Mitglieder das Ansehen der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft mehren, die doch nur die Verwaltung ausübt, während bei uns die Köpfe sind, denen man die Ergebnisse verdankt.“⁹¹

Vahlens Attacke blieb folgenlos und fand wohl auch kaum die Zustimmung der Mitglieder.

Als Zwischenfazit der ersten drei Kapitel bleibt festzuhalten, daß der Erfolg der Notgemeinschaft in der Weimarer Zeit den Akademien sehr klar ihr weiteres Abdriften an den Rand der deutschen Wissenschaftslandschaft vor Augen führte. Andere Faktoren, wie das langwierige und nur mäßig erfolgreiche Agieren der Akademien auf der internationalen Ebene oder die Gründungsversuche von „Konkurrenz-Akademien“ wirkten ebenfalls in diese Richtung.⁹² Versuche, dieser Entwicklung gemeinsam entgegenzusteuern, blieben eher die Ausnahme. Das Kartell der Akademien war zumindest bei der Lösung der nationalen Wissenschaftsprobleme wenig erfolgreich. Zu einer wirklichen Vertretung der einzelnen Regionalakademien auf nationaler Ebene avancierte das Kartell nie. Man kam lediglich einmal im Jahr zu einer Sitzung zusammen; außerdem wechselte der Kartellvorsitz jährlich, was bei völligem Verzicht auf jeden festen Apparat kaum eine kontinuierliche Arbeit ermöglichte. Hinzu kamen Eifersüchteleien der Akademien: Eher akzeptierte man Bedeutungsverlust, als an traditionellen Einzelrechten auch nur Abstriche zu machen. Letzteres ließe sich am zähen Kampf um genau abgegrenzte Wahlgebiete für die Ordentlichen Mitglieder bis zur Erschöpfung nachweisen. Die Berliner Akademie versuchte Ende der zwanziger Jahre einen Ausbruch aus diesem Teufelskreis, um ihre „Daseinsberechtigung

⁹⁰Theodor Vahlen (1869–1945), Mathematiker, 1937 OM der PAW (im August 1945 von der Mitgliederliste gestrichen, 1934 Prof. für Mathematik an der Universität Berlin, 1934 Ministerialdirektor in der Hochschulabteilung des Preußischen Kultusministeriums, nach dessen Ausbau zum REM Chef des Amtes für Wissenschaft bis 1935, 1938–1943 „kommissarischer“ Präsident der PAW.

⁹¹Jb. der PAW 1939, S. 119f.

⁹²Vgl. in diesem Band zu den internationalen Beziehungen den Beitrag von Conrad Grau und zur von den Akademien abgelehnten, dann aber doch erfolgreichen Neugründung der „Deutschen Akademie“ München den Beitrag von Laetitia Boehm.

unter den völlig veränderten Verhältnissen des 20. Jahrhunderts⁹³ zu sichern. Zum einen bemühte sie sich, durch die Übernahme von Funktionen der Notgemeinschaft Kompetenz auf Reichsebene zu erlangen. Das hätte automatisch zu einer Vormachtstellung im Kartell geführt. Zum anderen versuchte sie ihre wissenschaftliche Basis wesentlich zu erweitern. Ersteres gehörte zu den älteren, von allen Berliner Akademiemitgliedern unterstützten Zielen. Letzteres scheint eher ein Anliegen der Geisteswissenschaftler gewesen zu sein, denn die Initiative lag bei den beiden Sekretaren ihrer Klasse, Heinrich Lüders und Ernst Heymann⁹⁴ (seit 1926 Nachfolger von Gustav Roethe). Insgesamt konnte die Berliner Akademie ihren Anspruch auf eine Erweiterung ihrer wissenschaftlichen Basis weder in der Weimarer Republik noch in der Zeit des Nationalsozialismus durchsetzen. Er wurde zudem nur halbherzig und schon gar nicht geschlossen eingefordert. Gleichzeitig fehlten die finanziellen Voraussetzungen, wie der Blick auf die Einnahmen der Akademie verdeutlicht: 1920: ca. 981.000 Mark, 1930: ca. 596.000 RM, 1940: ca. 635.000 RM.⁹⁵ Kein einziges Forschungsinstitut wurde gegründet oder angegliedert. Es gelang der Akademie lediglich, 1935 eine Erhöhung der Planstellen für die Ordentlichen Mitglieder von 70 auf 76 zu erreichen. Die sechs zusätzlichen Stellen waren für die neue Kategorie „auswärtige Ordentliche Mitglieder“ vorgesehen, hoben also die bisherige regionale Begrenzung des Wohnortes von Ordentlichen Mitgliedern prinzipiell auf. Die Satzung von 1939 erlaubte dann im Gesamtrahmen der 76 Ordentlichen Mitglieder bis zu 24 auswärtige Ordentliche Mitglieder. Allerdings wurde bis 1945 lediglich in zwei Fällen von dieser Zuwahlmöglichkeit Gebrauch gemacht.⁹⁶

IV. Die Akademien auf dem Weg zu einer Reichsakademie

Mit Datum 19. Mai 1939 erhielten Nicht-Berliner Akademien des Kartells ein Schreiben der Berliner, wonach ab 12. Mai die Preußische Akademie „ständiger Vorort und Verwaltungssitz des Verbandes der deutschen Akademien“ sei.⁹⁷ Bisher hatte der Sitz der geschäftsführenden Akademie, der sogenannte Vorort, jährlich gewechselt. Das Schreiben kam nicht etwa vom Reichsminister für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung, sondern vom kommissarischen Präsidenten der Berliner Akademie „SS-Oberführer Ministerialdi-

⁹³ Denkschrift der Preußischen Akademie der Wissenschaften, Berlin, im Juni 1929, I. Entwurf vom 14. Mai 1929, 141 Seiten, AAW Berlin, Bestand PAW, II-I, 10, Bl. 85/1.

⁹⁴ Ernst Heymann (1870–1946), Jurist, 1918 OM PAW, 1914 Prof. für Rechtswissenschaft an der Universität Berlin und zugleich Direktor des KWI für ausländisches und internationales Privatrecht, 1926–1938 Sekretar der Philosophisch-historischen Klasse, danach bis 1942 Vizepräsident der PAW.

⁹⁵ Jahresrechnungen der PAW, AAW Berlin, Bestand PAW, II-XVII, 114, 124, 155.

⁹⁶ Vgl. Amburger, *Mitglieder der Deutschen Akademie*, S. IX–X und 42–45.

⁹⁷ Schreiben Theodor Vahlens in AAW Wien, I-157, Vorgang in AAW Berlin, Bestand PAW, II-XII, 11, Bl. 10, 18, sowie Mitteilung im Protokoll der Gesamtsitzung am 25. Mai 1939.

rektor Professor Dr. Vahlen⁹⁸. Der handelte natürlich nicht ohne Rückendeckung, sondern hatte diese Regelung dem Reichsminister vorgeschlagen⁹⁹ und die ministerielle Bestätigung erhalten, mit dem Hinweis: „alles Weitere“ möge die Berliner Akademie veranlassen.¹⁰⁰ Theodor Vahlens Mitteilung über die „einschneidende Veränderung“¹⁰¹ nahmen die Mitglieder der eigenen Akademie ohne jeden Kommentar zur Kenntnis.¹⁰² Bei den anderen Akademien löste sie heftige Proteste aus. Sie weigerten sich unter Berufung auf die Satzung des Verbandes. Das Ministerium gab nach¹⁰³ und ein mehr als dreijähriges Tauziehen um die Neufassung von Satzungen des Verbandes bzw. einer Reichsakademie begann.

Der Vorstoß entsprach zweifellos den Zielen nationalsozialistischer Wissenschaftspolitik, zumindest was das Ministerium unter Bernhard Rust als solche praktizierte. Er wurde in der Folgezeit auch vor allem von zwei der exponiertesten Befürworter dieser Politik unter den Akademiemitgliedern in Berlin vorangetrieben: vom Präsidenten Theodor Vahlen und vom Vizepräsidenten Ernst Heymann. Sie konnten nicht nur auf weitere politische Freunde unter den Mitgliedern zählen, sondern auf der Basis der vom Reichsministerium erzwungenen neuen Satzung von 1938 nach dem „Führerprinzip“ leichter und unabhängiger „regieren“ als das bis dahin die Akademiegeschicke bestimmende Vierergremium der Sekretäre.¹⁰⁴ Aber erklärt das allein die von der Berliner Akademie ausgehenden Bestrebungen nach Zentralisierung sowie den Widerstand der anderen Akademien, oder kamen unabhängig von der Politik schon seit längerem gehegte Berliner Wünsche nach einer Vormachtstellung hinzu, die die Gunst der Stunde nutzten? Dieser Frage soll im folgenden nachgegangen werden.

Zum einen waren alle Akademien seit spätestens 1938/39 gleichgeschaltet worden, an ihren Spitzen standen Befürworter der nationalsozialistischen Politik. Zum anderen wurden an den Akademien nach wie vor alle Entscheidungen von allen Ordentlichen Mitgliedern auf den entsprechenden Sitzungen sanktioniert: mit Zustimmung, Kenntnisnahme, offener Ablehnung und auch durch Nichtanwesenheit. Man wird also das Verhalten der Mitglieder betrachten und den Vergleich mit der angestrebten Vormachtstellung der Berli-

⁹⁸ AAW Berlin, Bestand PAW, II-XII, 11, Bl. 98.

⁹⁹ Theodor Vahlen am 18. März 1939 an Reichsminister Bernhard Rust: Bericht über Fragen der Union Académique International (UAI) und des Verbandes der deutschen Akademien: Vahlen regte an, daß „die Organisation des Verbandes neu dahin geregelt wird, dass der Verband einen dauernden Vorort erhält, für welche ich die Preussische Akademie vorschlage“. AAW Berlin, Bestand PAW, II-XII, 11, Bl. 3.

¹⁰⁰ AAW Berlin, Bestand PAW, II-XII, 11, Bl. 10.

¹⁰¹ Brief des amtierenden Vororts Leipzig zur Gegenwehr an alle anderen Akademien vom 25. Mai 1929. AAW Berlin, Bestand PAW, II-XII, 11, Bl. 20.

¹⁰² Protokoll der Gesamtsitzung am 25. Mai 1939, AAW Berlin, Bestand PAW, II-V, 104, Bl. 187.

¹⁰³ Schreiben des Reichsministeriums für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung an die PAW vom 22. Juni 1939: Der Minister sei einverstanden, daß der Erlaß „über die Bestimmung der Preussischen Akademie der Wissenschaften zum ständigen Vorort und Verwaltungssitz des Verbandes der Deutschen Akademien erst dann in Kraft tritt, wenn der Vorschlag der Akademien über die Neugestaltung der Satzungen des Verbandes vorliegt“. AAW Berlin, Bestand PAW, II-XII, 11, Bl. 32.

¹⁰⁴ Vgl. hierzu den Beitrag von Peter Th. Wölter in diesem Band.

ner Akademie in der Zeit vor 1933 – z. B. in der Denkschrift von 1929 – anstellen müssen, um hier nicht bequemen Erklärungen zu erliegen. Für die Berliner Akademie gilt, daß alle diesbezüglichen Entscheidungen auf gut und ausgewogen besuchten Gesamtsitzungen Zustimmung fanden, zumindest jedoch nicht abgelehnt wurden.

Wie erwähnt gab es bei der Festlegung des ständigen Vororts des Akademiekartells nach Berlin aus der Preußischen Akademie heraus keine Bedenken. Der turnusgemäße Vorort hingegen, in jenem Jahr die Sächsische Akademie, weigerte sich, die Geschäfte zu übergeben und forderte eine vom Kartell beschlossene Neugestaltung der Satzung des Verbandes. Die Akademie in Leipzig ermunterte auch die anderen Akademien zum Widerstand.¹⁰⁵ Wien und Heidelberg schlossen sich in Schreiben an den Reichsminister dem Leipziger Protest an. Die Göttinger Akademie wandte sich ausführlich und unmißverständlich gegen „einen Vorrang der Berliner Akademie“ und forderte, bei der alten Regelung zu bleiben.¹⁰⁶ Nachdem der überraschende Berliner Übernahmeveruch gescheitert war, mußte nun offiziell vorgegangen werden. Am 4. Juli 1939 stellte die Berliner Akademie einen Antrag auf Änderung der Satzung der Verbandes. Erneut hatten die Mitglieder dem Antrag der Akademieleitung zur Durchsetzung des Berliner Führungsanspruchs zugestimmt.¹⁰⁷ Nicht wenige von ihnen waren offensichtlich der Meinung, daß die Festschreibung der ohnehin seit Jahrzehnten von den anderen Akademien des Reiches – einschließlich Wien¹⁰⁸ – anerkannten Vormachtstellung ihrer Akademie ganz unabhängig von der aktuellen politischen Interessenlage zur Stärkung der Akademiebewegung notwendig sei.¹⁰⁹ Denn daß man auch gegen Vorschläge des Reichsministers und der Akademieführung stimmen konnte, hatten die Mitglieder in der Sitzung vom 15. Juni 1939 bewiesen: Als die seit Dezember 1938 vom Minister kommissarisch ernannte Akademieleitung mit dem Präsidenten Theodor Vahlen an der Spitze sich *en bloc* zur Wahl stellte, beharrte Max Planck in Abstimmung mit Max

¹⁰⁵ Der Präsident der Sächsischen Akademie, Erich Brandenburg, beschwerte sich nicht nur bei Theodor Vahlen und Bernhard Rust, sondern er forderte auch die anderen Akademien zur Unterstützung seines Vorgehens auf. Schreiben von 25. Mai 1939, AAW Berlin, Bestand PAW, II-XII, 11, Bl. 18–20.

¹⁰⁶ Schreiben an den Reichsminister: Heidelberg am 27. Mai 1939; Abschrift an die Akademie Wien am 27. Mai 1939; Wien am 30. Mai 1939, Abschriften an die Akademien in Leipzig am 2. Juni, Göttingen am 7. Juni und Heidelberg am 10. Juni 1939; Göttingen am 15. Juni 1939, Abschrift an die Akademie Wien am 16. Juni 1939; alles in: AAW Wien, I-157. Eine vom Reichsministerium für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung beglaubigte Abschrift des Göttinger Schreibens mit dem Ersuchen um Stellungnahme vom 27. Juni 1939 an die PAW auch in AAW Berlin, Bestand PAW, II-XII, 11, Bl. 49f.

¹⁰⁷ Protokoll der Gesamtsitzung am 29. Juni 1939, Punkt 10, AAW Berlin, Bestand PAW, II-V, 104, Bl. 205.

¹⁰⁸ Auf Anregung von Walter Nernst beschloß die Akademie auf der Gesamtsitzung am 17. März 1937 ein Begrüßungstelegramm an die Wiener Akademie zu richten: „Die Preußische Akademie der Wissenschaften gedenkt an ihrem heutigen Sitzungstage der Schwesterakademie in Wien und begrüßt sie aufs herzlichste im großdeutschen Reiche. gez. Lüders“. AAW Berlin, Bestand PAW, II-XII, 10, Bl. 74, 76. Wien bedankte sich beim nächsten Kartelltag bei den „Akademien des Altreiches“. Begrüßung zur Kartellsitzung in Wien am 24. November 1938, AAW Wien, I-157.

¹⁰⁹ Zur anerkannten Vormachtstellung vgl. Laitko, „Akademie und neue Arbeitsteilungen“, S. 149–173.

von Laue und anderen nicht nur auf der satzungsgemäßen Einzelabstimmung, sondern Planck schlug mit dem ehemaligen Sekretar Hans Stille¹¹⁰ auch einen anderen Kandidaten für das Präsidentenamt vor. Hätte bei dem erzielten Ergebnis von jeweils 26 Stimmen für jeden Kandidaten nur ein weiteres der restlichen 27 stimmberechtigten Ordentlichen Mitglieder nicht durch „Abwesenheit“, sondern zugunsten von Stille gestimmt, wäre es für den Reichsminister schwerer, vielleicht sogar unmöglich geworden, seinen Gefolgsmann Vahlen per „Erlaß“ als Präsidenten der Berliner Akademie einzusetzen.¹¹¹ Man konnte sich an der Akademie also nach wie vor für oder gegen etwas entscheiden!

In Sachen Kartell stimmten die Mitglieder der Berliner Akademie für einen neuen Satzungsentwurf,¹¹² den ihr Vizepräsident Ernst Heymann am 8. Juli auf der Kartelltagung in Leipzig begründete. Er stellte klar: „Das Reichswissenschaftsministerium wünscht eine straffere Organisation des Kartells und eine Zusammenfassung der Verwaltung im Sinne des Führerprinzips. Das soll dadurch erreicht werden, dass Berlin ständiger Vorort wird und hier die Geschäfte zentralisiert werden, während die rein wissenschaftlichen Arbeiten wie bisher bei den einzelnen Akademien bleiben.“¹¹³ Nach zweistündiger Diskussion wurde der Entwurf mit einigen Änderungen „einstimmig“ angenommen.¹¹⁴ Die Veränderungen zielten hauptsächlich darauf, daß Entscheidungen „im Einvernehmen mit sämtlichen Akademien“ getroffen werden sollten. Außerdem fügte man hinzu: „Die ordentlichen Mitglieder der im Reichsverbande vereinigten Akademien genießen das Recht, die der Wissenschaft und Kunst gewidmeten Institute des Reichs und der Länder sowie der öffentlichen Körperschaften im Einvernehmen mit deren Leitern unentgeltlich für ihre Forschung zu benutzen, und zwar in der grössten nach den bestehenden Bestimmungen zulässigen Ausdehnung.“¹¹⁵

¹¹⁰ Hans Stille (1876–1966), Geologe, 1933 OM PAW, 1932 Prof. für Geologie an der Universität Berlin, 1937–1938 Sekretar der Physikalisch-mathematischen Klasse der PAW, 1946–1951 Vizepräsident der DAW.

¹¹¹ Das Wahlergebnis lautete im ersten Wahlgang: 23 Stimmen für Theodor Vahlen, 25 für Hans Stille, eine für Ernst Heymann, eine für Max Planck, fünf leere Zettel; im zweiten Wahlgang: je 26 Stimmen für Vahlen und Stille. „Der Präsident teilt mit, daß er dieses Ergebnis dem Herrn Reichsminister mitteilen wird.“ Per Erlaß des Ministers vom 24. Juni 1937 erfolgte die Ernennung. Protokolle der Gesamtsitzungen vom 15. und vom 29. Juni 1939. AAW Berlin, Bestand PAW, II-V, 104, Bl. 191–204. Vgl. hierzu auch Grau/Schlicker/Zeil, *Akademie im Imperialismus III*, S. 67–72 sowie den Beitrag von Peter Th. Walther in diesem Band.

¹¹² Satzungsentwurf für den Reichsverband der deutschen Akademien (Kartell) vom 4. Juli 1939, AAW Berlin, Bestand PAW, II-XII, 11, Bl. 46f.

¹¹³ Protokoll des Kartelltages in Leipzig am 7. und 8. Juli 1939, S. 14, AAW Berlin, Bestand PAW, II-XII, 11, Bl. 73.

¹¹⁴ Protokoll des Kartelltages in Leipzig am 7. und 8. Juli 1939, S. 15, AAW Berlin, Bestand PAW, II-XII, 11, Bl. 74.

¹¹⁵ Satzungsentwurf für den Reichsverband der deutschen Akademien (Kartell) vom 8. Juli 1939, AAW Berlin, Bestand PAW, II-XII, 11, Bl. 75f.

Das Ministerium ließ sich nun Zeit.¹¹⁶ Erst im März 1940 äußerte man sich und legte einen modifizierten Entwurf vor. Hinzugefügt war, daß Entscheidungen mit einfacher Mehrheit zu treffen seien; gestrichen die Festlegung, daß die internationalen Verbindungen der Akademien vom Präsidenten der Berliner Akademie „nur im Einvernehmen“ mit sämtlichen Akademien des Reichsverbandes koordiniert werden dürften. Auch der Vorzugsparagraph bezüglich der Forschungsmöglichkeiten wurde nicht akzeptiert.¹¹⁷ Widerstand erschien zwecklos, der Protest der Akademien blieb diesmal bescheiden.¹¹⁸ Die Satzung wurde am 21. August 1940 vom Reichsminister in Kraft gesetzt. „Im Auftrag“ hatte Rudolf Mentzel, ein guter Bekannter Theodor Vahlens und neuer Chef des Amtes Wissenschaft – der „wohl einflußreichste [...] Organisator der Hochschulen, Wissenschaften und gelehrten Institutionen im Dritten Reich“ – unterzeichnet.¹¹⁹ Jetzt konnte Theodor Vahlen als Präsident des ständigen Vororts des neuen Reichsverbandes der Deutschen Akademie der Wissenschaften offiziell agieren. Bereits nach zwei Tagen im Amt lud er die Schwesterakademien „auf Grund einer mündlichen Anordnung des Herrn Reichsministers Rust“ zu einer Sitzung für den 2. September ein.¹²⁰ Nun sollte eine neue Institution geschaffen werden; eine „Reichsakademie der Deutschen Wissenschaft“. Ihre Aufgabe beschrieb der Satzungsentwurf:

„Die Reichsakademie der deutschen Wissenschaft soll die Leistungen der deutschen Wissenschaft mit allen Kräften steigern, hervorragende Einzelleistungen hervorheben und die Verbindung der Wissenschaft mit dem Volke sowie das Verständnis des Volkes für Leistungen der Wissenschaft fördern (Tag der deutschen Wissenschaft). Die Reichsakademie hat ferner die Aufgabe, Gemeinschaftsarbeiten auf Gebieten zu veranstalten und zu pflegen, denen im nationalsozialistischen Staate besondere Bedeutung zukommt. Die Reichs-

¹¹⁶ Der Satzungsentwurf wurde am 13. Juli 1939 vom Vorort des Kartells, der Sächsischen Akademie, dem Reichsministerium übergeben und dort von [...] Frey am 5. Dezember überarbeitet. BA/Berlin, R 21, 10999.

¹¹⁷ Stellungnahme des Reichsministers für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung vom 13. März 1940 mit veränderter Satzung des Reichsverbandes der Deutschen Akademien der Wissenschaften. AAW Berlin, Bestand PAW, II-XII, 11, Bl. 80–82.

¹¹⁸ Die Abstimmung zum vom Ministerium vorgelegten Entwurf oblag der Sächsischen Akademie, denn das Reichsministerium hielt sich nun konsequent an den Dienstweg und Leipzig hatte als Vorort die Satzungsänderung eingereicht. Vgl. hierzu die Korrespondenz der Akademien vom März bis Juni 1940 in AAW Berlin, Bestand PAW, II-XII, 11, Bl. 83–92 sowie in AAW Wien, I-157.

¹¹⁹ Seit dem 2. Mai 1939 an Stelle von Otto Wacker Amtschef Wissenschaft des REM, Ordentlicher Professor für das Fachgebiet Wehrchemie in der Wehrtechnischen Fakultät der TH Berlin, Präsident der DFG, Mitbegründer und Mitglied des Reichsforschungsrates, ab 1941 zweiter Vizepräsident der KWG. Rudolf Mentzel verdankte Theodor Vahlen die Möglichkeit zur Habilitation in Greifswald im Juli 1933. Während der Weimarer Republik war ein entsprechender Versuch in Göttingen gescheitert. In Greifswald bekam er die *venia legendi* für ‚angewandte Chemie unter besonderer Berücksichtigung des Luftschutzes‘. Biographische Angaben und Zitat aus: Hammerstein, *Deutsche Forschungsgemeinschaft*, S. 130–134. Mitteilung und Satzung in AAW Berlin, Bestand PAW, II-XII, 11, Bl. 93–95.

¹²⁰ Schreiben Theodor Vahlens vom 23. August 1940 an die Präsidenten der Schwesterakademien. AAW Berlin, Bestand PAW, II-XII, 11, Bl. 97.

akademie vertritt die deutsche wissenschaftliche Forschung nach innen und nach aussen; sie soll der deutschen Wissenschaft das Ansehen wahren, das ihr auf Grund ihrer hohen Leistungen in Krieg und Frieden gebührt.“

Vorgesehen war eine der KWG ähnliche Leitungsstruktur mit Großem und Kleinem Senat, einem Präsidenten, vier Vizepräsidenten und einem Generaldirektor in „lebenslanglichem Hauptamt“ zur Führung der Verwaltungsgeschäfte. Wie diese, sollte sie im Berliner Stadtschloß residieren. Drei Klassen waren geplant: eine „Mathematisch-Physikalische, eine Biologische [später Biologisch-Medizinische] und eine Geisteswissenschaftliche“. Gemeinsam mit dem Justitiar bildeten die Klassensekretare das Viergestirn der Vizepräsidenten. Die alten Akademien sollten den „Grundstock“ für die neue Reichsakademie stellen und ihren traditionellen Namen den Zusatz „Sozietät der Deutschen Reichsakademie“ hinzufügen. Dazu kämen „neu zu bildende Gesellschaften der Wissenschaften“, die der Reichsminister „an jedem Ort, wo sich eine Universität oder Technische Hochschule befindet und keine dem Reichsverband angehörige Sozietät besteht“, gründen kann, was ca. 30 bis 40 Neugründungen bedeuten konnte. Eine alle Akademiemitglieder zusammenbringende Gesamtsitzung war nicht vorgesehen.¹²¹ Das Vorhaben fand die Zustimmung der Teilnehmer einer Sitzung in Berlin unter Leitung Vahlens.¹²² Dieser hatte allerdings getrickt: Der seit dem 27. August vorliegende Entwurf der Satzung für eine Reichsakademie aus der Feder von Ernst Heymann war ausdrücklich nicht zur Prüfung vorgelegt worden. Er „beabsichtige vielmehr, nur die Grundzüge des Aufbaues bekannt zu geben“, so Vahlens Information an das Reichsministerium vor der Sitzung.¹²³ Danach konnte Theodor Vahlen triumphieren. Noch am Tag der Konferenz bat er den Reichsminister telegraphisch, „den Reichsverband zur Reichsakademie zu erheben, um damit eine seit langem eingeleitete Entwicklung zum Abschluß zu bringen“.¹²⁴ Dies sollte zügig geschehen. Bereits am 3. Sep-

¹²¹ Vorentwurf einer Satzung für die Reichsakademie der deutschen Wissenschaft. Von Theodor Vahlen am 3. September 1940 allen Akademiepräsidenten zugestellt. AAW Berlin, Bestand PAW, II-XII, 12, Bl. 7–25.

¹²² Teilnehmerliste vom 2. September 1940: Theodor Vahlen, Ernst Heymann, Ludwig Bieberbach, Hermann Grapow (alle Berlin), Karl Brandt (Göttingen), Ernst Rodenwaldt (Heidelberg), Erich Brandenburg (Leipzig), Mariano San Nicolò, Jonathan Zenneck (beide München), Heinrich Ritter von Srbik (Wien); AAW Berlin, Bestand PAW, II-XII, 12, Bl. 6.

¹²³ Vermerk von Reichsministerium/Frey vom 29. August 1940 für den Amtschef Wissenschaft Rudolf Mentzel, Anlage: Vorentwurf der Satzung der Reichsakademie der Wissenschaften vom 27. August 1940 mit der Urheberschaft Ernst Heymann (auch Anschreiben), BA/Berlin, R 21, 10999. Der erste in den Akademieakten erhaltene Entwurf trägt das Datum 24. August 1941. AAW Berlin, Bestand PAW, II-XII, 14, Bl. 111–119.

¹²⁴ Mit der seit langem eingeleiteten Entwicklung sind auch die bereits 1934 einsetzenden Versuche zur Gründung einer „Reichsakademie der Deutschen Forschung“ gemeint. Deren Präsidentschaft sollte erst der „Führer und Reichskanzler Adolf Hitler“ (Satzungsentwurf vom Februar 1935), dann der Reichsminister für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung Bernhard Rust (Satzungsentwurf Juli 1936) übernehmen. Theodor Vahlen war an diesen Bemühungen als Amtschef Wissenschaft des REM ab 1934 maßgeblich beteiligt. Ihr Hauptergebnis war allerdings die Gründung des ‚Reichsforschungsrates‘ im März 1937. Vgl. zu den Vorstufen: BA/Berlin, R 21, 10998; zur Gründung und zum Ausbau: Hammerstein, *Deutsche*

tember 1940 schickte Vahlen den zurückgehaltenen Satzungsentwurf als „Ergebnis der Besprechung vom 2. September“ den anderen Präsidenten. Auf „außerordentlichen Gesamtsitzungen“ der Akademien sollte dieser nun binnen zwölf Tagen beraten und schließlich auf einer erneuten Präsidentensitzung in Berlin am 19. September 1940 endgültig beschlossen werden.¹²⁵ Gleichzeitig wurde eine Pressekampagne entfacht. Mindestens 37 Zeitungen berichteten überwiegend am 4. und 5. September über die Gründung einer Reichsakademie der Wissenschaften.¹²⁶ Zumindest Minister Rust entsprach Theodor Vahlen's Bitte schnell. Am 13. September „erhob“ er den Reichsverband zur Reichsakademie und übertrug dem Präsidenten der Preußischen Akademie die kommissarische Leitung.¹²⁷ Auf den Gesamtsitzungen der Akademien traf der nun vorliegenden Satzungsentwurf jedoch auf heftige Kritik. Heidelberg begrüßte den Plan, wollte aber die Reichsakademie per Gesetz geschaffen und die inhaltliche Gestaltung in den Händen der Akademien wissen. Verfassung und Rechtsstellung der einzelnen Akademien sollten durch die Gründung der Reichsakademie nicht angetastet werden.¹²⁸ Leipzig, München und Wien legten eine Vielzahl von Detailänderungen vor.¹²⁹ Göttingen äußerte die größten Bedenken und versuchte über den Austausch von Stellungnahmen den Widerstand der Akademien zu koordinieren.¹³⁰ Insbesondere warnten die Göttinger davor, das durch die Möglichkeit der Neugründung von „Gesellschaften der Wissenschaft“ an „jedem Ort, an dem sich eine Universität oder Technische Hochschule befindet, [...] die alten Sozietäten von den Neugründungen völlig überwuchert werden und als eigentliche Hüter intensivster wissenschaftlicher Forschungsarbeit nicht mehr in Betracht kommen“. Sie forderten für die alten Akademien – also die „Sozietäten“ – das Recht, über Neuaufnahmen zu entscheiden. Bei der wissenschaftlichen Gliederung der Reichsakademie wünschte Göttingen ein Festhalten an der traditionellen Zweiklassenstruktur.

Forschungsgemeinschaft, S. 205ff. Über die den alten Akademien in diesem Projekt bis 1937 zugeordnete Stellung ist wenig bekannt. Zu den Beziehungen zwischen dem Reichsforschungsrat und der Berliner Akademie vgl. Grau/Schlicker/Zeil, *Akademie im Imperialismus III*, S. 27, 38ff. und 105ff. Der letzte Satzteil im Zitat wurde im abgeschickten Telegramm ersetzt durch: „und mit der Abfassung eines Satzungsentwurfs zu betrauen“. AAW Berlin, Bestand PAW, II-XII, 11, Bl. 5.

¹²⁵ Theodor Vahlen an alle Akademiepräsidenten am 3. September 1940. AAW Berlin, Bestand PAW, II-XII, 11, Bl. 7.

¹²⁶ Der Direktor der PAW Helmuth Scheel übergab hierzu am 20. November 1940 der Wiener Akademie 37 Zeitungsausschnitte vom 4. bis 17. September 1940. AAW Wien, I-183.

¹²⁷ Briefe des Ministers vom 13. September 1940. AAW Berlin, Bestand PAW, II-XII, 11, Bl. 38f.

¹²⁸ Briefe an Theodor Vahlen vom 12. und 15. September 1940. AAW Berlin, Bestand PAW, II-XII, 11, Bl. 40–42. Vgl. hierzu Wennemuth, *Wissenschaftsorganisation*, S. 493.

¹²⁹ Briefe an Theodor Vahlen vom 11. September 1940 (München), 16. September 1940 (Leipzig). AAW Berlin, Bestand PAW, II-XII, 11, Bl. 43–45; Sitzungsprotokoll vom 13. September 1940 (Wien). AAW Wien, I-183.

¹³⁰ Brief an Theodor Vahlen vom 14. September 1940. AAW Berlin, Bestand PAW, II-XII, 12, Bl. 46f.; Brief an die Wiener Akademie bereits am 12. September 1940. AAW Wien, I-183.

Die Berliner Akademie tagte am 16. September 1940. Etwa die Hälfte der Mitglieder war zur außerordentlichen Gesamtsitzung erschienen.¹³¹ Prinzipielle Vorbehalte gab es hier nicht.¹³² Trotz vieler Bedenken konnten sich die Akademiepräsidenten offensichtlich auf ihrer Sitzung am 19. September 1940 einigen.¹³³ Zwar existiert kein Protokoll der Sitzung, aber bereits am 3. Oktober 1940 übergab Theodor Vahlen dem Minister zur Bestätigung einen nun gemeinsamen Satzungsentwurf für die Reichsakademie, der sich im Grundsatz von der ursprünglichen Fassung nur wenig unterschied. Der wichtigste Satz für die Zustimmung war wohl, daß der Reichsverband nicht in der Reichsakademie aufgehen, sondern in ihr (zur Sicherung einer Sonderstellung der alten Akademien) erhalten bleiben sollte.¹³⁴

Die Reichsakademie wuchs,¹³⁵ meldete einen Finanzbedarf von 60.000 Reichsmark für den Reichshaushalt 1941 an,¹³⁶ stellte Umbaupläne für die Räume im Stadtschloß

¹³¹ Mit Max Planck, Walther Nernst, Max von Laue, Otto Hahn und Hans Stille fehlten bedeutende Naturwissenschaftler.

¹³² Protokoll der Gesamtsitzung vom 16. September 1940: Eine längere Aussprache gab es zur Stellung des Generaldirektors. Diese Aufgabe müsse hauptamtlich wahrgenommen und nicht durch Personalunion mit dem Ministerium verquickt werden. Auch ein Mitwirken von Rektoren in der Akademie ‚aufgrund ihres Amtes‘ sollte verhindert werden. AAW Berlin, Bestand PAW, II-V, 104, Bl. 260–262.

¹³³ Teilnehmer an der Sitzung am 19. September 1940: Theodor Vahlen, Ernst Heymann, Hermann Grapow, Ludwig Bieberbach, Helmuth Scheel (alle Berlin), Karl Brandt, Karl-Friedrich Drescher-Kaden (beide Göttingen), Friedrich Panzer (Heidelberg), Erich Brandenburg, Werner Heisenberg (beide Leipzig), Mariano San Nicolò, Jonathan Zenneck (beide München), Heinrich Ritter von Srbik (Wien); AAW Berlin, Bestand PAW, II-XII, 12, Bl. 49.

¹³⁴ Brief und zehn Abdrucke des Satzungsentwurfes (letzte Prüfung am 1. Oktober) am 3. Oktober 1940 an Minister Bernhard Rust. AAW Berlin, Bestand PAW, II-XII, 12, Bl. 63–67. An der Drei-Klassen-Struktur wurde festgehalten; jedoch der ursprüngliche Vorschlag der wissenschaftlichen Gliederung in Mathematisch-physikalische / Biologische / Geisteswissenschaftliche Klasse (§ 2) geändert in Mathematisch-physikalisch-Technische / Biologisch-medizinische / Geisteswissenschaftliche Abteilung. Auch einige weitere Änderungswünsche wurden berücksichtigt, z. B. eine Zuordnung von „örtlichen Arbeitsbezirken“ für die alten Akademien „insbesondere auch für die Errichtung und Betreuung“ neuer Gesellschaften (§ 17). Der Erhalt des Reichsverbandes war in § 7 zugesichert.

¹³⁵ Ein Zugang und eine Namensänderung: Die Deutsche Gesellschaft der Wissenschaften und der Künste in Prag wurde am 8. November 1940 aufgenommen – ob als ‚Sozietät‘ oder ‚Gesellschaft der Wissenschaften‘ bleibt offen. Diese Gesellschaft war 1891 als ‚Ersatz für eine den Deutschen verlorengegangene Institution: die Königlich Böhmisches Gesellschaft der Wissenschaften in Prag‘ gegründet worden. Sie existierte bisher neben vier tschechischen Akademien als ‚blosser deutscher Verein, [...] ein Zustand der schon mit Rücksicht auf das Ansehen des Reiches im böhmisch-mährischen Raum unhaltbar ist‘ (zit. aus einer Denkschrift der Gesellschaft vom November 1939). AAW Berlin, Bestand PAW, II-XII, 16, Bl. 4ff. Die Gesellschaft der Wissenschaften in Göttingen wollte sich künftig auch ‚Akademie‘ nennen und hatte am 5. Oktober 1940 eine Änderung ihres Namens beantragt; genehmigt vom Minister am 17. Oktober 1940. AAW Berlin, Bestand PAW, II-XII, 11, Bl. 103, 105f.

¹³⁶ Hilfeleistungen durch nichtbeamtete Kräfte: 7.000 RM, Amtsvergütungen: 13.200 RM, Geschäftsbedürfnisse: 5.000 RM, Reisekosten für die 60 Senatoren: 20.000 RM, Druckkosten: 3.000 RM, wissenschaftliche Unternehmungen: 10.000 RM. Summe: 58.200 RM; Finanzbedarf insgesamt: ca. 60.000 RM; zusammengestellt von Helmuth Scheel, am 15. Oktober 1940 an das Reichsministerium gesandt. Ver-

auf¹³⁷ etc. Der Satzungsentwurf lag allerdings bis April 1941 im Ministerium auf Eis, denn dort gab es bereits noch weiterführende Pläne: „Von Seiten der Geisteswissenschaften wurde die Forderung vertreten, dass die deutschen Geisteswissenschaften auf diesem Gebiet in Europa die Führung übernehmen müssten.“ Der Reichsverband, insbesondere dessen ständiger Vorort, die Berliner Akademie biete über den Einfluß in der Internationalen Union der Akademien/Union Académique International (UAI)¹³⁸ die beste Möglichkeit dazu, zumal man mit Johannes Stroux den Vizepräsidenten stelle: „Wir [sind] daher in der Lage, die Leitung der Union zu übernehmen und das Generalsekretariat aus Brüssel nach einem ungefährdeten Ort Deutschlands zu überführen.“ Der kommissarische Präsident der Reichsakademie bat alle deutschen Akademien „um Stellungnahme und gegebenenfalls um Vorschläge“.¹³⁹ Der Klärungsprozeß dauerte bis März 1941. Göttingen und Wien wünschten Zurückhaltung. Man sei überzeugt, „dass das politische Übergewicht Deutschlands in Europa, zusammen mit seinem noch unverminderten wissenschaftlichen Ansehen auf die Dauer ganz von selbst den massgebenden Einfluss in den wissenschaftlichen Organisationen der Welt nach Deutschland verlegen wird, sobald die deutschen Akademien über die ihnen jetzt fehlenden Mittel und Arbeitskräfte verfügt“.¹⁴⁰ Auch Ernst Heymann forderte, „dass die Umgestaltung jedenfalls unter Wahrung der Statuten der Union stattfinden muss. [...] Wenn auf eine wirklich erspriessliche Zusammenarbeit der gesamten Akademien der Welt gerechnet wird, so müssen alle Gewaltschritte vermieden werden, wir dürfen das nicht selbst tun was wir s. Zt. den Feinden vorgeworfen haben.“¹⁴¹ Sondierungen ergaben, daß Gewaltschritte auch gar nicht notwendig waren. Das Generalsekretariat der

gleichsweise wurden für den Aufbau der Wehrtechnischen Fakultät der TH Berlin für 1938 insgesamt 37.100.000 RM geplant. BA/Berlin; R 21, 10999.

¹³⁷ Vgl. hierzu die umfangreiche Planung im BA/Berlin; R 21, 10999.

¹³⁸ 1899 hatten zunächst zehn Akademien die Internationale Assoziation der Akademien gegründet. Auf Initiative der Ententestaaten war diese auf einem Kongreß vom 18. bis 28. Juli 1919 in Brüssel aufgespalten worden. Es kam zur Gründung des International Research Council/Conseil Internationale de Recherches (IRC/CIR) für die Naturwissenschaften und der Union Académique International (UAI) für die Geisteswissenschaften. Vgl. hierzu den Beitrag von Conrad Grau in diesem Band.

¹³⁹ Diese Forderung war auf einer zum 12. November 1940 vom Amtschef für Wissenschaft Rudolf Mentzel einberufenen Tagung über die internationale Organisation der Wissenschaft aufgestellt worden. Der genaue Teilnehmerkreis ist nicht bekannt. In einer Mitteilung von Theodor Vahlen an die Akademiepräsidenten vom 23. November 1940 führt dieser an, daß für die Akademien Ernst Heymann, Johannes Stroux, Heinrich Ritter von Srbik und er selbst gesprochen hätten. Im Anschluß an diese Besprechung bildete der Minister einen Arbeitsausschuß zur Neugestaltung einer Gesamtorganisation des internationalen Verbandswesens. Von den 14 berufenen Mitgliedern waren vier Mitglieder der PAW. AAW Berlin, Bestand PAW, II-XII, 11, Bl. 108, 111.

¹⁴⁰ Keine Verlegung des Sitzes der UAI während des Krieges nach Berlin. Keine der Satzung der UAI zuwiderlaufenden Handlungen. Änderungen nur in Zusammenarbeit mit dem Präsidenten Waldo G. Leland (USA). Brief der Göttinger Akademie vom 20. Dezember 1940 an Theodor Vahlen. Wien teilte dem kommissarischen Präsidenten der Reichsakademie am 8. Januar 1941 mit, daß sich die Akademie der Göttinger Stellungnahme anschließt. AAW Berlin, Bestand PAW, II-XII, 11, Bl. 2, 6.

¹⁴¹ Stellungnahme von E. Heymann vom 12. Januar 1941, AAW Berlin, Bestand PAW, II-XII, 35, Bl. 5.

Internationalen Union erwies sich als so kooperativ, daß es in Brüssel belassen werden konnte und Johannes Stroux¹⁴² dort die Führung der Geschäfte übernahm.¹⁴³ Überdies brächte das laut Heymann „den Vorteil, dass nach Beendigung des Krieges Deutschland Anspruch auf die Stellung des Präsidenten hätte und auf diese Weise der deutsche Einfluss in der Union auf längere Zeit gewahrt bleiben würde“.¹⁴⁴ Die internationale Problematik war damit zunächst vom Vorhaben Reichsakademie abgekoppelt; die den Akademien zugeordneten entscheidenden Aufgaben bei der Erringung einer deutschen Kulturhoheit in Europa auf die Nachkriegszeit verlagert.

Am 15. April 1941 legte das Ministerium den Akademien einen neuen Satzungsentwurf für die Reichsakademie vor. Der Minister hatte die ihm „zweckmäßig erscheinenden Abänderungen“ eingebaut. Der kommissarische Präsident möge nun „die Zustimmung der beteiligten Akademien dazu herbeiführen, daß der neue Entwurf als Entwurf der Reichsakademie mir zur Genehmigung vorgelegt wird.“¹⁴⁵ Die Abweichungen von dem Entwurf von Oktober 1940 waren „so groß und von so grundsätzlicher Natur“, daß alle Akademien Wahlen mit massiven Änderungswünschen überschütteten. München forderte eine erneute „Beratung im Reichsverband“ unter Teilnahme eines Vertreters des Reichsministers.¹⁴⁶ Göttingen teilte schließlich nach „Fühlungnahme mit den anderen Sozietäten“

¹⁴² Johannes Stroux (1886–1954), Altphilologe, 1937 OMPAW, 1935 Prof. für klassische Philologie an der Universität Berlin, 1939 Vizepräsident der UAI, 1945–1951 Präsident der PAW/DAW.

¹⁴³ Der Direktor der PAW Helmuth Scheel reiste Ende Januar im Auftrag des Reichsministers (Schreiben vom 9. Januar 1941) zum Sitz der UAI nach Brüssel. Er sollte sondieren, was möglich sei und besprach dies mit dem ständigen Sekretär der Belgischen Académie Royale und zugleich ständiger Sekretär der UAI Baron de Selys-Longchamps. Der befürwortete die Übernahme der Führung der Geschäfte der Union durch den deutschen Vizepräsidenten Johannes Stroux, zumal die Amtszeit des amerikanischen Präsidenten Waldo G. Leland, der ohnehin seit Sommer 1939 nicht mehr Brüssel besucht hatte, am 31. Dezember 1940 abgelaufen war. Neuwahlen schienen weder möglich noch notwendig. Brüssel konnte als Sitz bleiben, denn das dortige Generalsekretariat hatte sich zur Zusammenarbeit bereit erklärt. Bericht Scheel vom 13. Februar 1941, AAW Berlin, Bestand PAW, II-XII, 35, Bl. 8ff. Johannes Stroux (Berlin) und Heinrich Ritter von Srbik (Wien) vertraten seit der Londoner Tagung der UAI (8.–11. Mai 1939) Deutschland in der Organisation als Nachfolger von Karl Brandi (Göttingen) und Heinrich Lüders (Berlin). Sie waren vom Reichsminister vorgeschlagen und dann vom Kartell nominiert worden. Stroux wählte die Union zugleich zum Vizepräsidenten. AAW Berlin, Bestand PAW, II-XII, 34, Bl. 77. Die Übernahme der Präsidentschaft nach dem turnusgemäßen Ausscheiden des Präsidenten Leland war bereits in London in Aussicht genommen worden. Stroux übernahm die Führung der Geschäfte der Union im Juli 1941. Bericht Stroux vom 15. September 1941, AAW Berlin, Bestand PAW, II-XII, 35.

¹⁴⁴ Theodor Vahlen in seiner Antwort am 20. März 1941 auf die Stellungnahme der Göttinger Akademie vom 20. Dezember 1940. AAW Berlin, Bestand PAW, II-XII, 35.

¹⁴⁵ Minister Bernhard Rust teilte dem kommissarischen Präsidenten der Reichsakademie Theodor Vahlen mit, daß er beabsichtige, den Satzungsentwurf aus seinem Ministerium, den er bereits dem Finanzminister übersandt hatte, zu genehmigen. AAW Berlin, Bestand PAW, II-XII, 12, Bl. 105–110.

¹⁴⁶ Briefe an den Präsidenten der Preußischen Akademie (nicht an den kommissarischen Präsidenten der Reichsakademie) aus Göttingen am 30. April, aus Prag 7. Mai, aus Wien am 9. Mai, aus München am 12. Mai, aus Leipzig am 13. Mai und aus Heidelberg am 14. Mai 1941. Zitate aus Stellungnahme München. AAW Berlin, Bestand PAW, II-XII, 12, Bl. 113–128, 136.

mit, daß „die Unstimmigkeiten zwischen der vorgeschlagenen und der nunmehr übersandten Satzung so gross sind, daß eine schriftliche Behandlung der schwebenden Fragen nicht zum Ziel führen wird“. Wie München wünsche man eine „nochmalige mündliche Behandlung der Satzungspunkte“.¹⁴⁷

Vahlen ging zunächst einen anderen Weg. Da selbst Ernst Heymann, der geistige Vater der bisherigen Satzungsentwürfe, dem ministeriellen Entwurf nicht zustimmte und der Berliner Akademie auf ihrer Gesamtsitzung am 8. Mai 1941 Änderungsvorschläge unterbreitete, versuchte er alle Änderungswünsche zusammenzufassen.¹⁴⁸ Seinen neuen Satzungsvorschlag nahm die Berliner Akademie auf ihrer gut und ausgewogen besuchten Gesamtsitzung am 29. Mai 1941 an.¹⁴⁹ Zwei Tage später gingen die Abänderungen an die anderen Akademiepräsidenten, mit der Bitte, die Zustimmung herbeizuführen.¹⁵⁰

Die anderen Akademien blieben jedoch geschlossen bei ihrer Ablehnung. Theodor Vahlen habe „zum erstenmal klipp und klar gesagt, dass der Reichsverband zu bestehen aufgehört habe“. Sollte dies auch die Sicht des Reichsministers sein, wären „wohl alle Bestrebungen, den Reichsverband zu erhalten, aussichtslos, und es kann sich nur darum handeln, die Nachteile, die mit seiner Auflösung verbunden sind, auf ein möglichst geringes Mass zu beschränken“.¹⁵¹ Wiederum überschütterten die Akademien den kommissarischen Präsidenten mit Änderungswünschen und hielten dabei engen Kontakt untereinander, um das weitere Vorgehen zu koordinieren. Alle Stellungnahmen wurden ausgetauscht. So telegraphierte z. B. der Münchner Akademiepräsident schon drei Tage, nachdem die erste Stellungnahme an alle Akademien Wien verlassen hatte, dorthin zurück: „Unsere Akademie wird alle Ihre wesentlichen Abänderungsvorschläge unterstützen.“¹⁵² Weitere Beispiele ließen sich anfügen.¹⁵³ Am 9. Juli 1941 mußte Theodor Vahlen dem Ministerium mitteilen: „Über den Entwurf der Reichsakademie-Satzung habe ich die Zustimmung der Sozietäten nicht in allen Punkten herbeiführen können.“ Ihm blieb nichts anderes übrig, als nachzu-

¹⁴⁷ Brief des geschäftsführenden Präsidenten Hermann Kees vom 19. Mai 1941 an den Präsidenten der Reichsakademie, AAW Berlin, Bestand PAW, II-XII, 12, Bl. 132.

¹⁴⁸ Ernst Heymann äußerte sich laut Protokoll der Gesamtsitzung vom 8. Mai 1941 eingehend zum Entwurf und zur Göttinger Stellungnahme. In einem Brief Theodor Vahlens vom 28. Mai 1941 (abgeschickt am 31. Mai) an die Akademiepräsidenten erwähnt dieser, daß Heymann Änderungsvorschläge unterbreitete. Der Brief Vahlens führt auch aus, daß die Berliner Akademie am 29. Mai seinen Vorschlägen zugestimmt hat. AAW Berlin, Bestand PAW, II-V, 104, Bl. 288 sowie II-XII, 12, Bl. 242–247.

¹⁴⁹ Protokoll der Gesamtsitzung vom 29. Mai 1941, AAW Berlin, Bestand PAW, II-V, 104, Bl. 290–292.

¹⁵⁰ AAW Berlin, Bestand PAW, II-XII, 12, Bl. 242–247.

¹⁵¹ Schreiben des Wiener Akademiepräsidenten Heinrich Ritter von Srbik vom 6. Juni 1941 an die Akademien in Göttingen, Heidelberg, Leipzig, München und Prag, AAW Wien, I-183.

¹⁵² Telegramm des Münchner Akademiepräsidenten Karl Alexander von Müller vom 9. Juni 1941 an den Wiener Akademiepräsidenten Heinrich Ritter von Srbik, AAW Wien, I-183.

¹⁵³ In Wien liefen die erbetenen Meinungsäußerungen der anderen Akademien wie folgt ein: Prag antwortete am 9. Juni 1941, Göttingen und Heidelberg am 12. Juni, München am 16. Juni Die Wiener Stellungnahme an den kommissarischen Präsidenten der Reichsakademie wurde am 20. Juni 1941 nach Berlin gesandt. AAW Wien, I-183. Vgl. zu Heidelberg Wennemuth, *Wissenschaftsorganisation*, S. 486–499.

geben: „Die Präsidenten wünschen daher eine nochmalige mündliche Beratung, zu der ein Vertreter des Herrn Ministers zugezogen werden soll. Ich schlage vor, diesem Wunsche zu entsprechen.“¹⁵⁴ Dazu kam es nicht. Der Minister verlangte zunächst eine Aufstellung des „wissenschaftlichen Gewichts“ der einzelnen Akademien, indem er sich über die jeweiligen Zuschüsse zu den Gemeinschaftsunternehmungen unterrichten ließ. Darüber ging mehr als ein halbes Jahr ins Land und brachte folgendes Ergebnis: Für 14 gemeinsame Vorhaben stellten die Akademien insgesamt 105.640 RM bereit; davon für Berlin 36.900 RM, für München 35.260 RM, für Göttingen 10.800 RM, für Leipzig 3.800 RM, für Wien 3.100 RM, für Heidelberg 1.830 RM und für Prag 100 RM.¹⁵⁵

Schließlich fand das Vorhaben Reichsakademie der Deutschen Wissenschaften am 5. März 1942 sein vorläufiges Ende. Das Reichsministerium teilte mit, daß „auch für das Rechnungsjahr 1942 Reichsmittel für die Reichsakademie der Deutschen Wissenschaft nicht zur Verfügung gestellt werden“. Verwiesen wurde „auf einen Erlaß des Führers, wonach derartige Maßnahmen als nicht kriegswichtig bis auf weiteres zurückzustellen sind“.¹⁵⁶ Für die Dauer des Krieges schien damit die Gefahr gebannt. Die Akademien bezeichneten sich zwar als Sozietäten der Reichsakademie, eine gültige Satzung, geschweige denn Mitglieder oder Arbeitsformen dieser Reichsakademie existierten jedoch nicht.

Resümee

Strategien der deutschen Wissenschaftsakademien gegen Bedeutungsverlust und Funktionsverarmung lassen sich nur in Ansätzen finden oder erweisen sich als Stückwerk. Ohne die internationalen Verpflichtungen bleiben drei Felder, in denen sich die Akademien den Herausforderungen der Modernisierung und der Konkurrenz mit anderen Forschungsinstitutionen stellen mußten:

1. der nationalen Bündelung ihrer Kräfte in Anbetracht des Entstehens und des Erstarkens zentraler Forschungsförderungsorganisationen und des Bewahrens wissenschaftlicher Autonomie gegenüber der staatlichen Wissenschaftsadministration,
2. der Öffnung gegenüber neuen Wissenschaftsgebieten angesichts des beständig zunehmenden Anteils anwendungsorientierter Forschung und
3. dem weiterhin unaufhaltsamen Verlust einer Vormachtstellung in der aktuellen Forschung wegen des Fehlens adäquater eigener Forschungsmöglichkeiten.

¹⁵⁴ Theodor Vahlen (Mitberichterstatte Ernst Heymann) am 9. Juli 1941 an den Reichsminister, Stellungnahme zum Erlaß vom 15. April 1941, AAW Berlin, Bestand PAW, II-XII, 12, Bl. 175, 177.

¹⁵⁵ Aufforderung des Reichsministers vom 15. Juli 1941, abschließender Bericht mit Übersicht über die bisher vom Reichsverband der deutschen Akademien abhängigen Gemeinschaftsunternehmungen vom 12. Januar 1942, AAW Berlin, Bestand PAW, II-XII, 12, Bl. 187, 212f.

¹⁵⁶ Schreiben des Reichsministers an den kommissarischen Präsidenten der Reichsakademie der Deutschen Wissenschaft. Begründung: Richtlinien des Reichsministers der Finanzen vom 11. November 1942. AAW Berlin, Bestand PAW, II-XII, 12, Bl. 220.

1. Durch ihr konsequentes Beharren auf ihren regionalen Wurzeln ohne gleichzeitige Stärkung der Funktionen des Kartells verhinderten die Akademien eine Bündelung der Kräfte. Bis auf die Berliner Akademie hielten alle anderen das Regionalprinzip für unantastbar: „Die Überspannung der Zentralisierung bewirkt anstelle der erstrebenswerten Vertiefung der ohnehin schwierigen Gemeinschaftsarbeit den Auseinanderfall“.¹⁵⁷ Nur in Berlin glaubte man nicht an die Gefahr, zumindest dann nicht, wenn man selbst das Zentrum sei; was freilich für die anderen Akademien keine annehmbare Lösung war.

Für die Mitglieder der Berliner Akademie, nicht nur für deren Führung, gehörte die Notwendigkeit des Ausbaus der führenden Stellung ihrer Institution zum historischen Selbstverständnis; es entsprach zugleich ihren Vorstellungen von Modernisierung. Wenn die Interessenlage des Staates ebenfalls in diese Richtung tendierte, wurden entsprechende Zweckbündnisse eingegangen, in den Jahren 1929/30 ebenso wie in der Zeit zwischen 1939 und 1942. Allerdings ließen sich die anderen Akademien keinesfalls ins zweite Glied zurückdrängen. Je offener Berlin seinen Führungsanspruch verdeutlichte, um so mehr beharrten die anderen auf Selbständigkeit und Gleichberechtigung. Bei der Neuordnung des Kartells zum Reichsverband der Deutschen Wissenschaft war diese Strategie erfolgreich. In der Satzung konnten sie noch die Gleichwertigkeit der Akademien ausdrücklich festschreiben. Der Vorrang der Berliner Akademie wurde auf die Verwaltungsaufgaben des Reichsverbandes beschränkt, wenn auch mit dem wichtigen Privileg, den Verband nach außen und gegenüber dem Ministerium zu vertreten.¹⁵⁸ Das schien zunächst auch für die Reichsakademie zuzutreffen, denn die Sprachregelung suggerierte, der „Reichsverband wird zur Reichsakademie erhoben“¹⁵⁹ und in dieser gilt: „Der Reichsverband bleibt für ihre [der alten Akademien] wechselseitigen Beziehungen, insbesondere für ihre gemeinsamen Unternehmungen erhalten“.¹⁶⁰ Als es erstmals unzweideutig hieß, „dass der Reichsverband zu bestehen aufgehört habe“ und die Berliner Akademie dies auf einer Gesamtsitzung sanktionierte, verweigerten sich alle anderen Akademien.¹⁶¹ Von einer solchen Reichsakademie er-

¹⁵⁷ Brief des geschäftsführenden Akademiepräsidenten in Göttingen (Hermann Kees) vom 24. Mai 1941 an Theodor Vahlen, AAW Berlin, Bestand PAW, II-XII, 12, Bl. 133.

¹⁵⁸ Bestätigte Satzung des Reichsverbandes der Deutschen Wissenschaft vom 21. August 1940, §§ 1, 3, 4, AAW Berlin, Bestand PAW, II-XII, 11, Bl. 94.

¹⁵⁹ Briefe des Ministers Bernhard Rust vom 13. September 1940, AAW Berlin, Bestand PAW, II-XII, 11, Bl. 38f.

¹⁶⁰ Entwurf einer Satzung für die Reichsakademie der deutschen Wissenschaft, § 7, von den Akademien dem Reichsminister am 1. Oktober 1940 zur Bestätigung vorgelegt, AAW Berlin, Bestand PAW, II-XII, 12, Bl. 63f.

¹⁶¹ Die Erhaltung des Reichsverbandes und seine herausgehobene Funktion wurden zur Schlüsselfrage. Theodor Vahlen versuchte in seinem Satzungsverschlagn vom 28. Mai 1941 durch eine Gleichsetzung von Kleinem Senat und Reichsverband dem zu entsprechen. Alle Anstrengungen der anderen Akademien konzentrierten sich nun darauf, dies in Änderungsvorschlägen für die Satzung auch wirklich zu sichern. Sie hätten sich mit dieser Lösung wohl auch abgefunden. Damit verhinderte letztendlich weniger die Solidarität der Akademien die Reichsakademie, als die bereits erwähnten politischen und finanziellen Entscheidungen. Zitat aus: Schreiben des Wiener Akademiepräsidenten Heinrich Ritter von Srbik vom 6. Juni 1941 an die Akademien in Göttingen, Heidelberg, Leipzig, München und Prag, AAW Wien, I-183.

wartete man keine Bündelung der Kräfte, sondern nur Vereinheitlichung und Zentralisation. Der Göttinger Präsident Karl-Friedrich Drescher-Kaden¹⁶² brachte die Meinung der Nichtberliner wohl auf den Punkt, wenn er betonte, man solle aber „nicht etwa glauben“, daß dadurch „der Wissenschaftsertrag gehoben werden könnte. Die deutsche Wissenschaft ist durch Dezentralisierung groß geworden. [...] Deshalb ist es auch heute notwendig, alle sieben Akademien zu belassen und ihren Lebens- und Schaffensraum nicht durch engen Anschluß und Unterordnung unter eine Zentralstelle zu beschränken. [...] Wohin es führt, wenn man die Wissenschaft einer Nation durch Zentralisierung und Uniformierung der Lehrmeinungen (oder auch nur der Wissenschaftsverwaltung) verarmt, zeigt das Beispiel Frankreichs und seine, auf großen Teilen des Wissenschaftsgebietes unfruchtbar gewordene Forschung.“¹⁶³

Es ist allerdings schon erstaunlich, daß andere erfolgreiche und als Konkurrenten gesehene Institutionen der Wissenschaftsförderung, wie die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft oder die Deutsche Forschungsgemeinschaft mit ihren durchaus zentralen Koordinierungsorganen völlig außer Betracht gelassen wurden und das Schreckgespenst des französischen Zentralismus beschworen wurde. Der einzige Dissens zwischen der Berliner und den anderen Akademien ist damit bereits abgehandelt. In allen anderen Punkten waren sie sich einig. In Sachen Bündelung der Kräfte in einer Reichsakademie gilt dies für zwei Gebiete:

Erstens waren alle gegen eine Ausdehnung des Akademiengefüges, um nicht von den Neugründungen „völlig überwuchert“ zu werden.¹⁶⁴ Falls dies nicht durchsetzbar sei, sollte den alten Akademien zumindest eine Sonderstellung gesichert werden. Eine solche Sonderstellung versuchte selbst der eifrigste Verfechter der Reichsakademie, Theodor Vahlen, durch die Gleichsetzung des Kleinen Senats der Reichsakademie mit den alten Akademien zu garantieren – immerhin gegen den Vorschlag des Reichsministers.

Zweitens wollten sie keinen Bedeutungszuwachs durch unerträglichen Verlust von Selbstbestimmung erkaufen. Die Akademien versuchten dies zu sichern, indem sie in beiden Senaten der Reichsakademie eine Mehrheit durch Vertreter der alten Akademien über „Senatoren von Amtswegen“ forderten. Um den externen Einfluß, insbesondere auch eine Politisierung, gering zu halten, schlugen sie Quoten für solche Mitglieder des Großen Senates vor, die weder den alten Akademien noch den Neugründungen angehörten – „außerakademische Senatoren“. Als Begründung für die Quotierung diente die wissenschaftliche Funktion dieses Gremiums.¹⁶⁵

¹⁶² Karl-Friedrich Drescher-Kaden (1894–1988), Mineraloge, 1936 OM Göttinger Akademie der Wissenschaften, 1939–1942 deren Präsident.

¹⁶³ Drescher-Kaden, „Tätigkeit der Akademie 1940/1941“, S. 16f.

¹⁶⁴ Stellungnahme der Göttinger Akademie zum Satzungsentwurf vom 14. September 1940 und erneut am 30. April 1941: Neue wissenschaftliche Gesellschaften oder Akademien dürfen sich nicht „nach ihrem örtlichen Sitz und dem satzungsmässigen Aufgabenbereich mit alten Akademien überschneiden [...] z. B. der ‚niedersächsische Raum‘ bei der Göttinger Akademie“, AAW Berlin, Bestand PAW, II-XII, 12, Bl. 46, 126.

¹⁶⁵ Göttingen und Berlin forderten max. zehn Prozent außerakademische Senatoren; Heidelberg 15 Prozent, München 25 Prozent; Wien wünschte Ehrensensatoren. AAW Berlin, Bestand PAW, II-XII, 12, Bl. 146.

2. Die insgesamt dominierenden Strategien der deutschen Akademien gegen Bedeutungsverlust und Funktionsverarmung waren ihre „Beharrungsstrategien“. Beim Ablehnen von Veränderungen herrschte die größte Einigkeit, wie ihre Galshüterrolle für die „reine“ Wissenschaft zeigt: Keine Veränderungen zugunsten der Naturwissenschaften und schon gar nicht zugunsten der Technik durch Festhalten an der Zwei-Klassenstruktur, zumindest an der Parität von Geistes- und Naturwissenschaften bei den Mitgliedern und in den Entscheidungsgremien. In dieser Frage änderte sich nach der Meinungsäußerung der Berliner Akademie von 1922 an der Grundhaltung gar nichts und im praktischen Akademieleben wenig.¹⁶⁶ Selbst Ernst Heymann folgte in diesem Punkt im Mai 1941 nicht den Wünschen des Ministers, weil er die Stellung der Geisteswissenschaften durch den Einzug der Technik in eine Akademie in Gefahr sah: Die von den Akademien des Reichsverbandes beschlossene Satzung der Reichsakademie hätte auf eine „Gleichstellung der geisteswissenschaftlichen und naturwissenschaftlichen Fächer“ gezielt. Das sollte durch gleich viele Senatoren erreicht werden.

„Der nunmehr uns zugegangene Entwurf stellt demgegenüber die Naturwissenschaften weiterhin in den Vordergrund. Es ist eine dritte naturwissenschaftliche Abteilung (für Technik) hinzugefügt. [...] wenn man zu Gunsten der Geisteswissenschaften eine sehr günstige Verteilung zu Grunde legt, kommt man für sämtliche Senatoren günstigstenfalls auf ein Verhältnis von 2/7 (Geisteswissenschaften): 5/7 (Naturwissenschaften); es kann auch viel ungünstiger für die Geisteswissenschaften liegen.“¹⁶⁷

Auch in Göttingen grassierte die Furcht: Die Geisteswissenschaften „laufen Gefahr, in der Reichsakademie von Kräften rein praktisch/technischer Ausrichtung majorisiert zu werden, die in der Zusammenarbeit mit geistesgeschichtlicher Forschung keine Erfahrung besitzen und von denen erfahrungsgemäss wenig Förderung ihrer weiträumigen und vielfach langfristigen Vorhaben zu erwarten ist“.¹⁶⁸

¹⁶⁶ Vgl. den Beitrag von Burghard Ciesla in diesem Band.

¹⁶⁷ Ernst Heymann zum vom Reichsministerium am 15. April 1941 vorgelegten Satzungsentwurf: AAW Berlin, Bestand PAW, II-XII, 14, Bl. 81f. Entwicklung der Vorstellungen zur Klassenstruktur in der Reichsakademie:

Satzungsentwurf Ernst Heymann von 27. August 1940: Geisteswissenschaftliche Klasse / Biologische Klasse / Mathematisch-Physikalische Klasse.

Satzungsentwurf der Akademiepräsidenten vom 1. Oktober 1940: Geisteswissenschaftliche Abteilung / Biologisch-Medizinische Abteilung / Mathematisch-Physikalisch-Technische Abteilung.

Satzungsentwurf des Reichsministeriums vom 15. April 1941: Philosophisch-Historische Abteilung / Biologisch-Medizinische Abteilung / Mathematisch-Physikalische Abteilung / Abteilung für Technik.

Forderungen der anderen Akademien: Zwei-Teilung: Wien Bl. 123, Göttingen: Bl. 133 (Prag schließt sich Göttingen an). Drei-Teilung: (zwei naturwissenschaftliche und eine geisteswissenschaftliche): München Bl. 120, Leipzig Bl. 143, alle Angaben aus: AAW Berlin, Bestand PAW, II-XII, 12. Heidelberg plädierte ebenfalls nachträglich für die Zwei-Teilung, AAW Heidelberg, Brief an die Leipziger Akademie vom 18. Juli 1941, Nr. 163/41.

¹⁶⁸ Brief des geschäftsführenden Akademiepräsidenten in Göttingen (Hermann Kees) vom 24. Mai 1941 an Theodor Vahlen, AAW Berlin, Bestand PAW, II-XII, 12, Bl. 134.

Die Vertreter der „exakten Naturwissenschaften“ hatten wenig Grund zum Einwand gegen eine solche Auffassung: Erstens wollten sie auch keine Techniker in der Akademie und zweitens hatten sie, was die Geisteswissenschaften nicht hatten: die KWG.

3. Schon die *Denkschrift der Berliner Akademie zur Erweiterung ihrer Tätigkeit* aus dem Jahre 1930 zielte vorrangig auf die Errichtung geisteswissenschaftlicher Institute. Mit der Vormachtstellung der KWG im naturwissenschaftlichen Bereich hatte sich die Akademie abgefunden. Als Möglichkeit blieb, die Akademie zu einer Art „KWG für die Geisteswissenschaften“ auszubauen. Das Vorhaben scheiterte. Es war aber grundsätzlich für alle Akademien akzeptabel, denn es entsprach traditionell der besonderen Fürsorge der Akademien für einige „klassische Bereiche“ geisteswissenschaftlicher Forschung. Zehn Jahre später bot sich unter anderen politischen Bedingungen – das Reichsministerium für Erziehung, Ausbildung und Wissenschaft versuchte seine Position in der nationalsozialistischen polykratischen Forschungsförderung zu festigen – eine neue Chance für alle Akademien. Theodor Vahlens Begründung für die zunächst schnelle Zustimmung der Akademievertreter zu einer Reichsakademie, daß „in der Sitzung vom 2. September 1940 überwiegend Geisteswissenschaftler waren!“¹⁶⁹ – was auch für die Sitzung am 19. September gilt – läßt sich zumindest so interpretieren. Von ihnen wurde die Reichsakademie vermutlich zunächst als Chance gesehen, hinsichtlich der Forschungsmöglichkeiten etwas der naturwissenschaftlich dominierten KWG Ebenbürtiges zu schaffen. Vom begründeten Anspruch waren sie mehr als überzeugt: Es sei „zu berücksichtigen, daß diese grossen wissenschaftlichen Unternehmungen [der Akademien], auf denen doch zum wesentlichen Teil der Welt-ruhm der deutschen Wissenschaft [...] beruht, überwiegend den geisteswissenschaftlichen Fächern angehören.“¹⁷⁰ Diese herbeigeredete, vielleicht auch mißverstandene Chance sahen sie aber nur eine ganz kurze Zeit – nur bei den ersten Gesprächen, als eine führende Stellung der alten Akademien gesichert und die klassische Struktur einer Akademie sowie ihre territoriale Zuständigkeit nicht allzusehr gefährdet schienen. Es keimte allerdings nochmals Hoffnung, als die „Führung“ der geisteswissenschaftlichen Forschung Europas über die *Union Académique International* greifbar erschien.

Als Fazit bleibt: Das Ringen der Akademien darum, ihre alten Aufgaben und die Selbstbestimmung in den angestammten Regionen zu bewahren, stand einer Berliner Vormachtstellung im Wege. Dies half – wenn auch eher ungewollt – am ehesten, allzu großen Verstrickungen in Machenschaften des „Dritten Reiches“ zu entgehen.¹⁷¹ Die Ursachen für den fortschreitenden Bedeutungsverlust und die Funktionsverarmung der deutschen Wissenschaftsakademien konnten so allerdings nicht beseitigt werden. Einiges davon ist in der Nachkriegszeit angegangen worden – unter unterschiedlichen politischen und wissen-

¹⁶⁹ Brief Theodor Vahlens vom 28. Mai 1941 an die Akademiepräsidenten, AAW Berlin, Bestand PAW, II-XII, 12, Bl. 143.

¹⁷⁰ Brief des geschäftsführenden Akademiepräsidenten in Göttingen (Hermann Kees) vom 24. Mai 1941 an Theodor Vahlen, AAW Berlin, Bestand PAW, II-XII, 12, Bl. 134.

¹⁷¹ Was nur für die Institutionen und nicht für die einzelnen Mitglieder so pauschal gilt.

schaftsorganisatorischen Rahmenbedingungen. Die Veränderungen hatten deshalb auch sehr unterschiedlichen Bestand im seit 1990 wiedervereinigten Deutschland. Noch heute, so scheint es zumindest, streiten die Akademien lieber um die klare Abgrenzung der Aufgaben und Territorien sowie der Rechte und Pflichten, als darüber, wie sie wieder zu dem werden können, was sie einmal waren und auch heute so gerne sein würden: vielleicht nicht „der Mittelpunkt aller Forschung“¹⁷², aber eben auch nicht ein peripheres Gebilde in der deutschen Wissenschaftslandschaft.

Einigkeit herrschte im Bestreben, die geisteswissenschaftliche Forschung an den Akademien zu beheimaten und die Forschungsmöglichkeiten möglichst nach dem Vorbild der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft auszubauen. Einigkeit herrschte aber vor allem bei jenen Dingen, die man ablehnte: So beim Kampf gegen jedwede Verletzung der Parität zwischen den Geistes- und den Naturwissenschaften an einer Akademie, beim Verhindern der Aufnahme von nicht der „reinen Forschung“ dienenden Disziplinen, bei der Nichtakzeptanz von akademieähnlichen Neugründungen und auch bei der Abwehr staatlicher Einflußmöglichkeiten. Letzteres traf vor allem während der NS-Zeit zu, im Rahmen des Möglichen und nicht die eigenen Bestrebungen konterkarierend. Die Argumentation auf diesen Feldern sagt viel über das Selbstverständnis der deutschen Akademien in dieser Zeit aus. Alle Akademien beharrten auf territoriale und traditionelle Ansprüche, glaubten nicht an eine Stärkung der Akademiebewegung durch eine Erweiterung der Tätigkeit des Kartells und die Aufnahme von Neugründungen.

Literatur

- Albert Einstein in Berlin 1913–1933*. Teil I: Darstellung und Dokumente, bearbeitet von Christa Kirsten und Hans-Jürgen Treder, Berlin 1979.
- Amburger, Erik: *Die Mitglieder der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin, 1700–1950*, Berlin 1950.
- Baethgen, Friedrich: *Die Bayerische Akademie der Wissenschaften 1909–1959*. Tradition und Auftrag, Festschrift zum zweihundertjährigen Jubiläum, München 1959.
- Die Berliner Akademie der Wissenschaften in der Zeit des Imperialismus*, 3 Bde., hrsg. von Heinrich Scheel unter der Leitung von Leo Stern, Berlin 1975–1979.
- Brocke, Bernhard vom: „Wege aus der Krise. Universität, Akademie oder Forschungsinstitut. Formen der Institutionalisierung in den Geistes- und Naturwissenschaften bis 1920“, in: Kocka, *Preußische Akademie*, S. 119–147.
- Brocke, Bernhard vom und Hubert Laitko (Hrsg.): *Die Kaiser-Wilhelm-/Max-Planck-Gesellschaft und ihre Institute*. Studien zu ihrer Geschichte: Das Harnack-Prinzip, Berlin, New York 1996.
- Dokumente zur Geschichte der Berliner Akademie der Wissenschaften von 1700 bis 1900*, hrsg. von Werner Hartkopf und Gert Wangermann, Berlin 1991.

¹⁷² Denkschrift der Preußischen Akademie der Wissenschaften, Berlin, im Juni 1929, 1. Entwurf vom 14. Mai 1929, 141 Seiten, AAW Berlin, Bestand PAW, II-I, 10, Bl. 85/1–10.

- Drescher-Kaden, Karl-Friedrich: „Die Tätigkeit der Akademie der Wissenschaften im Jahre 1940/1941“, in: *Jahrbuch der Akademie der Wissenschaften in Göttingen* (Societät der Reichsakademie) für das Geschäftsjahr 1940/41, S. 7–17.
- Grau, Conrad, Wolfgang Schlicker und Liane Zeil: *Die Jahre der faschistischen Diktatur 1933 bis 1945* (= Berliner Akademie der Wissenschaften in der Zeit des Imperialismus, Bd. 3), Berlin 1979.
- Grau, Conrad: „... daß die beiden Gesellschaften in Frieden nebeneinander stehen und zusammenarbeiten“. Die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften und die Preußische Akademie der Wissenschaften zu Berlin“, in: *Dablemer Archivesprache* 1 (1996), S. 34–46.
- Grau, Conrad: „Die Wissenschaftsakademien in der deutschen Gesellschaft: Das ‚Kartell‘ von 1893 bis 1940“, in: Scriba, *Elite der Nation im Dritten Reich*, Leipzig 1995, S. 31–56.
- Haase Günter und Ernst Eichler (Hrsg.): *Wege und Fortschritte der Wissenschaft*. Beiträge von Mitgliedern der Sächsischen Akademie der Wissenschaften zu Leipzig zum 150. Jahrestag ihrer Gründung, Berlin 1996.
- Hammerstein, Notker: *Die Deutsche Forschungsgemeinschaft in der Weimarer Republik und im Dritten Reich*. Wissenschaftspolitik in Republik und Diktatur 1920–1945, München 1999.
- Hubert Laitko (Hrsg.), *Wissenschaft in Berlin*. Von den Anfängen bis zum Neubeginn nach 1945, Berlin 1987.
- Kant, Horst: „Albert Einstein, Max von Laue, Peter Debye und das Kaiser-Wilhelm-Institut für Physik in Dahlem 1917–1939“, in: vom Brocke/Laitko, *Kaiser-Wilhelm-/Max-Planck-Gesellschaft*, S. 227–243.
- Kocka, Jürgen (Hrsg.) unter Mitarbeit von Rainer Hohlfeld und Peter Th. Walther: *Die Königlich Preussische Akademie der Wissenschaften zu Berlin im Kaiserreich* (Interdisziplinäre Arbeitsgruppe Berliner Akademiegeschichte im 19. und 20. Jahrhundert), Berlin 1999.
- Marsch, Ulrich: *Notgemeinschaft der Deutschen Wissenschaft*. Gründung und frühe Geschichte 1920–1925 (= Münchner Studien zur neueren und neuesten Geschichte, Bd. 10), Frankfurt/Main 1994.
- Meister, Richard: *Geschichte der Akademie der Wissenschaften in Wien 1847–1947*, Wien 1947.
- Nipperdey, Thomas und Ludwig Schmugge: *50 Jahre Forschungsförderung in Deutschland*. Ein Abriss der Geschichte der Deutschen Forschungsgemeinschaft 1920–1970, Berlin 1970.
- Nötzoldt, Peter: *Wolfgang Steinitz und die Deutsche Akademie der Wissenschaften zu Berlin*. Zur politischen Geschichte der Institution 1945–1968, Diss. Humboldt-Universität Berlin 1998.
- Schlicker, Wolfgang: *Die Notgemeinschaft der Deutschen Wissenschaft und die bürgerliche deutsche Wissenschaftspolitik in der Weimarer Republik* (= Kolloquienreihe des Instituts für Theorie, Geschichte und Organisation der Wissenschaften, Akademie der Wissenschaften der DDR, Heft 39), Berlin 1984.
- Schlicker, Wolfgang: *Von der großen Sozialistischen Oktoberrevolution bis 1933* (= Berliner Akademie der Wissenschaften in der Zeit des Imperialismus, Bd. 2), Berlin 1975.
- Schmidt-Ott, Friedrich: *Erlebtes und Erstrebtes*. 1860–1950, Wiesbaden 1952.
- Schreiber, Georg: *Die Not der deutschen Wissenschaft und der geistigen Arbeiter*. Geschehnisse und Gedanken zur Kulturpolitik des Deutschen Reiches, Leipzig 1923.
- Schulze, Winfried: *Der Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft 1920–1995*, Berlin 1995.
- Scriba, Christoph J. (Hrsg.): Leopoldina-Symposium: *Die Elite der Nation im Dritten Reich*. Das Verhältnis von Akademien und ihrem wissenschaftlichen Umfeld zum Nationalsozialismus (= Acta Historica Leopoldina, Nr. 22), Leipzig 1995.
- Smend, Rudolf: „Die Göttinger Gesellschaft der Wissenschaften“ in: *Festschrift zur Feier des 200jährigen Bestehens der Akademie der Wissenschaften in Göttingen* (= Mathematisch-physikalische Klasse, Bd. 1), Berlin 1951.
- Stolzenberg, Dietrich: *Fritz Haber*. Chemiker, Nobelpreisträger, Deutscher Jude, Weinheim 1994.
- Szöllösi-Janze, Margit: *Fritz Haber 1868–1934*. Eine Biographie, München 1998.
- Vierhaus, Rudolf und Bernhard vom Brocke (Hrsg.): *Forschung im Spannungsfeld von Politik und Gesellschaft*. Geschichte und Struktur der Kaiser-Wilhelm-/Max-Planck-Gesellschaft, Stuttgart 1990.

Wennemuth, Udo: *Wissenschaftsorganisation und Wissenschaftsförderung in Baden*. Die Heidelberger Akademie der Wissenschaften 1909–1949, Heidelberg 1994.

Zierold, Kurt: *Forschungsförderung in 3 Epochen*. Deutsche Forschungsgemeinschaft. Geschichte – Arbeitsweise – Kommentar, Wiesbaden 1968.